

SEIT
1946

08/2019

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

5 - Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, MZ 14Z040222 M, Nr. 08/2019



RED CARPET ART AWARD

Wahlen – kein Selbstzweck!
Paul Patscheider

Hat Österreich eine ZUKUNFT?
Heinz Fischer

Wohin zieht die neue Zeit?
Lena Doppel

Keine Endzeitstimmung
Franz Vranitzky

Hat Österreich eine
ZUKUNFT!?
Die letzte Kritik

EDITORIAL

Wenn bereits mit der letzten Ausgabe der ZUKUNFT 07/2019 die Frage in den Raum gestellt wurde, ob Österreich und insbesondere die Sozialdemokratie eine ZUKUNFT haben, dann setzt das unseren LeserInnen nun vorliegende Heft 08/2019 noch einmal nach. Denn alle hier versammelten und die Diskussion fortsetzenden Beiträge spitzen die mehr als notwendige Sorge um die SPÖ insofern zu, als es sich bei allen Unterschieden der hier präsentierten und versammelten Positionen durchaus um *Die letzte Kritik* handeln könnte. So handelt diese Ausgabe auf mehreren Ebenen von einem letzten Aufruf (Oliver Scheiber) zur politischen Reflexion sozialdemokratischer Programmatik, Ideologie und Strategie. Besinnt sich die Sozialdemokratie mithin ihrer historischen Größe und Mission oder strebt sie wohlwissend und zielstrebig ihren eigenen Tod an?

Ganz im Sinne dieser Frage betont **Robert Misik** zu Beginn, dass die Sozialdemokratie mit Sicherheit auf ihren Untergang zuläuft, wenn sie ihr sozialpolitisches *Mission Statement* verrät, das schlicht darin besteht, die arbeitenden Klassen zu repräsentieren und direkt Politik für sie zu machen. Denn die „einfachen Leute“ fühlen sich von den Sozialdemokratien durchwegs abgehängt, was die ArbeiterInnenklasse systematisch auf Distanz bringt. Deshalb hebt der Autor nachdrücklich hervor, dass die SPÖ den Kontakt zu den ArbeitnehmerInnen wieder aufnehmen muss, will sie an die eigenen Erfolge in Zukunft wieder anschließen. Es gibt für die SPÖ also nur einen Weg in die ZUKUNFT: sie muss ihrer historischen Mission zielstrebig folgen und ihr wieder gerecht werden.

Auch **Heinz Fischer** versucht sich an einer vielschichtigen Antwort auf die von der ZUKUNFT aufgeworfene Frage nach der Zukunft Österreichs und der Sozialdemokratie. Durchaus im Sinne Eric Hobsbawms überblickt er das *Zeitalter der Extreme* im 20. Jahrhundert und behandelt dabei Problemkreise wie Krieg, Sozialpartnerschaft oder das Anfang der 90er Jahre gemutmaßte (neoliberale) *Ende der Geschichte*. Seine Bedenken umfassen dabei auch Problemkreise des Bevölkerungswachstums, des poli-

tischen Extremismus, der Neuen Medien und der fatalen Auswirkungen des Neoliberalismus. Seine Sorge um die Republik Österreich wird dabei allerdings durchwegs von der Tatsache gemildert, dass die Sozialdemokratie eben eine ZUKUNFT hat.

Das politische und d. i. ideologische Dilemma der SPÖ dürfte des Weiteren auch mit ihrem strikt repräsentativen Verhältnis zur direkten Demokratie und zu basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen zu tun haben. Deshalb stellt **Philippe Narval**, Generalsekretär des *Forums Alpbach*, eine weithin bekannte Frage: *Was tun?* Er beschreibt in sympathischer Außenperspektive die gegenwärtigen demokratiepolitischen Probleme der SPÖ und schlägt insgesamt vor, die StaatsbürgerInnen am politischen Feld zu beteiligen, um damit die direkte Repräsentation und Partizipation der Menschen zu stärken. So könnte durchaus nach irischem Vorbild auch in Österreich ein BürgerInnenrat eingeführt werden, um (nicht nur) die SPÖ wieder an die LohnempfängerInnen heranzuführen.

Dass utopische Vorstellungen und Wünsche für linke und progressive Politik von großer Bedeutsamkeit sind, behandelt dann **Christian Swertz**, der im Sinne eines politischen Wunschkonzerts die drängendsten Probleme der Sozialdemokratie und damit auch der österreichischen wie der Weltgesellschaft vor Augen führt. Dabei plädiert auch er für eine neuartige Auslegung der *Völkssouveränität* und betont mit ökosozialen Argumenten, dass Österreich als Bundesstaat in einer globalen, sozialen und demokratischen Weltgesellschaft zu begreifen ist. Der Autor plädiert deshalb für einen international verfassten Weltstaat im Sinne des *Global Government* und lädt uns alle buchstäblich zu einem demokratiepolitischen Spiel ein ...

Lena Doppel-Prix analysiert dann die fatalen Zugeständnisse rechter SozialdemokratInnen an rechtspopulistische Außenländerpolitik, verweist auf den nicht mehr vorhandenen Internationalismus der Bewegung und aktualisiert die These von der Schweigespirale, nach der die meisten Menschen demokrati-

politisch (und das leider auch in der Sozialdemokratie) dazu verdammt sind, nicht mitreden zu können. Auch sie fragt nach der ZUKUNFT der SPÖ und betont, dass sie dringend eine wahrnehmbar linke und inhaltlich fortschrittliche, also eine wirklich *soziale* und *demokratische* Politik nötig hat. Die Autorin fordert deshalb eine umfassende Demokratisierung der sozialdemokratischen Organisationen, die sich auch den Zynismen des Neoliberalismus und der Globalisierung im digitalen Zeitalter kantig widersetzen müssen.

Angesichts des mehrfach konstatierten neokonservativen *Backlashs* und der systematischen Durchsetzung der imperialen Ökonomie des Neoliberalismus analysiert in der Folge **Franz Vranitzky**, warum in unseren westlichen Gesellschaften nur mehr Macht, Angst und Ablenkung regieren. Auch ihm geht es darum, dass die Sozialdemokratie selbstbewusst ihre Grundlagen reflektiert, um etwa für die Kritik an radikalen Marktheologien gerüstet zu sein. Der Autor reagiert so auf die Herausforderungen des integrierten weltweiten Kapitalismus und setzt sich nachdrücklich dafür ein, eine egalitär praktizierte Sozialpartnerschaft im Sinne des europäischen Sozial- und Wohlfahrtsstaats zu verteidigen. Es bleibt mithin keine Zeit für Endzeitstimmung ...

Angesichts der „türkisen Wende“ konstatiert in diesem Sinne auch **Erhard Busek**, dass die Zukunft Österreichs keinen apokalyptischen Ton nötig hat. Er analysiert ebenfalls globale wie lokale Problemlagen, um im Sinne einer christlich-sozialen *Haltung* an den gemeinsamen Gedanken der *Solidarität* zu erinnern. Der Autor bespricht dabei u. a. den Skandal um das Ibiza-Video, die heutige Rolle von *Social Media* und äußert sich eingehend zur gegenwärtigen Rolle von Religion in unseren Gesellschaften. Dabei ist es auch ihm darum zu tun, die für Demokratie konstitutive Rolle *aller* BürgerInnen vor Augen zu führen. Auch stellt er der Sozialdemokratie die Frage, ob eine Rückkehr zu den großen Koalitionen der Nachkriegszeit überhaupt noch möglich ist.

Ist nach der Wahl nur vor der Wahl? Mit Sicherheit nicht, wenn es um sozialdemokratische Programmatik, Ideologie und Strategie geht. Deshalb fasst auch **Paul Patscheider** in seinem Beitrag Argumente zusammen, die als letzte Kritik begriffen

werden können. Denn er beklagt das fehlende Vermögen zur politischen Analyse und unterstreicht mit allem Nachdruck den brutalen Klassencharakter unserer neoliberalen Gesellschaft(en). So fordert Patscheider am Ende dieser Ausgabe eine systematische Demokratisierung der SPÖ und hebt hervor, dass Befehle und Beschlüsse, die von Oben nach Unten transportiert werden, für niemanden einen Ansporn zur politischen Beteiligung darstellen können. Vielmehr sind demokratische Entscheidungs- und Diskussionsprozesse innerhalb der SPÖ auf breiter Basis zu realisieren.

Damit ergibt sich insgesamt ein sehr rundes Bild hinsichtlich der Zukunft Österreichs und der Sozialdemokratie, da alle AutorInnen sich – aus unterschiedlichen Perspektiven – darin einig sind, dass die SPÖ dann eine ZUKUNFT hat, wenn sie sich ihrer historischen Mission wieder bewusst wird und *à la lettre* dafür sorgt, dass diese *letzte Kritik* vielleicht doch nur die erste auf dem Weg in die ZUKUNFT war ...

Danken möchte ich hier noch Manuel Gras, Gründer und Obmann des *Red Carpet Art Award*, der uns mehr als freundlicherweise das Material für unsere Bildstrecke zur Verfügung gestellt hat. Nähere Informationen zum *Red Carpet Art Award* finden die LeserInnen auf Seite 37 dieser Ausgabe der ZUKUNFT. Lassen Sie die Kunstwerke von Milan Mijalkovic, Christian Bazant-Hegemark, Nicole Wogg, Olga Georgieva und Elvira Rajek auf sich wirken und kommen Sie mit auf den Roten Teppich ...

Ich wünsche den LeserInnen der ZUKUNFT eine angenehme Ausstellungsreise und genügend Muße *Die letzte Kritik* auf sich wirken zu lassen ... Was meinen Sie? Haben Österreich und die Sozialdemokratie nun eine ZUKUNFT?

ALESSANDRO BARBERI

ist Journalist, Bildungswissenschaftler, Medienpädagoge und Universitätslektor. Er lebt und arbeitet in Wien. Politisch ist er in der SPÖ Landstraße aktiv. Weitere Infos online unter: barberi.red.

Inhalt

6 Rückkehr zu den „einfachen Leuten“

VON ROBERT MISIK

10 Hat Österreich eine ZUKUNFT?

VON HEINZ FISCHER

20 Sozialdemokratie? Was tun?

VON PHILIPPE NARVAL

20 Wohin zieht die neue Zeit?

VON LENA DOPPEL

24 Mit der ZUKUNFT spielen ... Ein Wunschkonzert?

VON CHRISTIAN SWERTZ

28 Keine Endzeitstimmung

VON FRANZ VRANITZKY

32 Was ist eine Wende?

VON ERHARD BUSEK

40 Wahlen – kein Selbstzweck!

VON PAUL PATSCHEIDER



AUS DER SAMMLUNG DES RED CARPET ART AWARD

Milan Mijalkovic, Alles

150 x 200 cm, C-Print auf Holz, 2016

Rückkehr zu den „einfachen Leuten“

Die arbeitenden Klassen wünschen sich einen Staat, der sich kümmert – und fühlen sich von den Sozialdemokratien hingehängt. Aus diesem Grund hebt **Robert Misik** nachdrücklich hervor, dass die Sozialdemokratie historisch immer die Repräsentantin der sogenannten „einfachen Leute“ war, aber auf mehreren Ebenen den Kontakt zu ihnen verloren hat. Deshalb gibt es für sie nur einen Weg: sie muss ihrer historischen Mission wieder gerecht werden ...



MISIK ROBERT
DIE FALSCHEN FREUNDE DER EINFACHEN LEUTE

Berlin: Suhrkamp Verlag.

160 Seiten | ca. € 14,00

ISBN: 978-3-518-12741-4

Erscheinungstermin: November 2019

Man könnte leicht dem Eindruck erliegen, in der Geschichte wäre selten mehr Bedacht auf die „einfachen Leute“ genommen worden als heute. Sie sind in aller Munde. Jeder sorgt sich um „das Volk“. Die politische Essayistik seziert seine Probleme und staunt über sein Tun. Die Wissenschaft bekümmert sich um seine Verwundungen. Die Sozialpsychologie denkt sich in ihn ein – in den vielzitierten „kleinen Mann“. Die einführende Soziologie schwärmt aus, und hört ihm zu, sammelt und systematisiert seine Erzählungen, die Beschwerden seines Lebens und seine Wünsche. Diese Dauerpräsenz der „einfachen Leute“ als Objekt des Staunens steht im seltsamen Missverhältnis zu der Tatsache, dass genau diese „einfachen Leute“ angeblich darüber wütend seien, dass sie überhaupt nicht mehr repräsentiert seien, dass ihre Sorgen nicht einmal wahrgenommen werden, dass sich heute überhaupt niemand mehr für sie interessiert.

Aber natürlich hängt das auch zusammen: Gerade deshalb, weil die einfachen Leute das Gefühl haben, aus dem Zentrum an den Rand gedrängt worden zu sein, rebellieren sie an den Wahlurnen – und diese Rebellion, die teilweise mit dem Aufstieg des autoritären Nationalismus einhergeht, führt dazu, dass man sie nicht mehr einfach ignorieren kann.

I. WUT ... FRAGEN ÜBER FRAGEN.

Da drängen sich aber sofort zwei Fragen auf. *Erstens*: Wer das denn überhaupt sein soll, die „einfachen Leute“? *Zweitens*: Und warum sind sie eigentlich so wütend? „Einfache Leute“, das sind einmal grob gesagt jene, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind – also eher Kleinverdiener, aber nicht nur. ArbeiterInnen, bis hin zur Mittelschicht im Einfamilienhaus mit zwei Autos vor der Tür. Leute, die sich als „die Normalen“ ansehen und vielleicht nicht jeden modischen Trend mitmachen wollen. Irgendwie ist es eine sehr verschwommene Vorstellung, die da gängiger Weise kursiert, wenn von „einfachen Leuten“ die Rede ist. Letztlich sind wir doch alle einfache Leute, wenn wir nicht gerade zum Jet-Set der Superreichen gehören. Oft ist es auch eine stolze Selbstzeichnung. „Da wo ich lebe bedeutet ‚einfacher Mensch‘, ‚anständiger Mensch‘, weil bescheidenes (oder weniger bescheidenes) Auskommen mit ehrlicher Arbeit (meist körperlich) erschaffen wurde“, so beschreibt das eine Frau. Und komischerweise sind mit dem Begriff „einfache Leute“ eher selten der türkische Berufsschüler, der serbische Installateur oder die syrische Mitarbeiterin beim Post-Shop gemeint – obwohl die ja alle

Charaktermerkmale haben, die oben aufgezählt sind, obwohl sie „gute Leute“ sind, nicht auf die Butterseite gefallen, hart arbeitend, sehr oft mit geringem Einkommen.

Wer viel herumkommt und mit vielen Leuten redet, der weiß außerdem: Manche sind wütend, manche aber auch nicht. Zwischen „eh zufrieden“, „bisschen unzufrieden“ und „richtig zornig“ findet man in der wirklichen Welt natürlich alle möglichen Graustufen. Natürlich haben „die einfachen Leute“ Grund genug, wirklich wütend zu sein. Normale ArbeiterInnen und Angestellte waren früher – „das Volk“ genannt – jene Schicht, die das Land getragen haben. Arrogant kommen durfte denen niemand. Sie konnten sich anerkannt fühlen und hatten auch Sicherheit im Leben. Aber mit dem gesellschaftlichen Wandel und in einer Wirtschaft, wo Konkurrenz alles ist, hat sich das geändert. Die Menschen fühlen sich als Instrumente behandelt, als Kostenstellen auf zwei Beinen, die man einfach austauscht und wegwirft, wenn man sie nicht mehr braucht. Und das spüren viele, nicht nur die, die wirklich gefeuert werden oder deren Firmen untergehen. Fast jeder arbeitet in Firmen, die dauernd rationalisieren, die Löhne steigen nicht mehr, die Kosten schon, und fast jeder weiß, dass es ihn morgen auch erwischen kann. Das zerstört in vielen Betrieben sogar das Betriebsklima. Die Leute sagen resignierend: „Ich kümmere mich nur mehr um mich selbst.“

Die Menschen haben aber zusätzlich das Gefühl, dass sie gar nicht vorkommen. Erst das führt zu Wut. Und zu einem Konkurrenzgefühl, das erst das Migrationsthema so groß macht: Weil ja dann jeder Ankommende ein zusätzlicher Konkurrent ist – um Wohnungen, Jobs, Bildung für die eigenen Kinder. Wo doch eh schon alles schwierig genug ist.

II. DIE „EINFACHEN LEUTE“ ... EIN MYTHOS?

Beim Gerede über die „wütende weiße alte Arbeiterklasse“ gibt es eine Reihe von Mythen. Der erste besteht schon einmal darin, sie sich irgendwie kompakt, homogen vorzustellen. Dabei besteht sie natürlich aus vielen unterschiedlichen Menschen, die nicht nur in ihren Lebenslagen, sondern auch in ihren Werten und Normen unterschiedlich sind. Der zweite äußert sich in der Behauptung, sie seien irgendwie vollständig an die „rechten Populisten“ verloren gegangen – das ist natürlich völliger Unfug. Manche wählen rechts – viele aber auch nicht. Es gibt auch den Gegenmythos: dass es eher die statusbedrohte Mittelschicht der „Normalos“ ist, die anfällig für den rechten Populismus sei, weil sie das Gros der rechten

WählerInnen stellt. Aber das heißt natürlich nicht, dass untere Mittelschicht, Arbeiterklassen und Prekäre nicht auch zu einem erheblichen Anteil rechts wählen.

Tatsächlich sind sich die verschiedenen Milieus der ehemaligen Arbeiterklasse, der neuen Arbeiterklasse, der Prekären und der unteren Mittelschichten freilich in einem einig: dass diejenigen, die sich anstrengen, harte Arbeit leisten, die mit 12-Stunden-Schichten ihre Familien durchbringen, heute viel zu wenig vorkommen; dass es für sie ökonomisch immer härter wird, aber sie auch nicht mehr „respektiert“ werden; dass sich um die ArbeiterInnen viel zu wenig dreht. Studien aus Deutschland zeigten, dass sozialdemokratische ArbeiterInnen und solche, die aus Wut zur AfD tendieren, im Grunde sehr ähnliche Werte und Normen haben. Beide Gruppen sind sich einig darüber, dass sie ungerecht behandelt werden, dass „das System“ für sie nicht mehr funktioniert und dass sie sich eine gesellschaftliche Ordnung zurückwünschen, in der ArbeiterInnen respektiert werden und Leistung gerecht vergütet wird.

Die arbeitenden Klassen sind ökonomischer Konkurrenz ausgesetzt, machen Abstiegs Erfahrungen, erleben sich als austauschbar und sehen ihre Lebensweisen kulturell abgewertet. Dieser Zorn ist mit den Werten und Normen verbunden, die sich in den vergangenen zweihundert Jahren in den populären Klassen entwickelt haben. Dem Ethos von harter Arbeit; dass man nichts geschenkt bekommt; dass einem aber Respekt für Leistung gebührt. Dazu gehört auch ein egalitärer Geist: dass jeder gleich viel Wert ist; ein Stolz darauf, „normal“ zu sein; ein Gemeinschaftssinn, mit Lokalpatriotismus und einer rebellischen, aber zugleich traditionellen Kultur. Man wird den Aufschwung des Populismus nicht erklären können, wenn man die verborgenen Verwundungen in einer Klassengesellschaft und deren psychopolitische Verheerungen nicht versteht. Und man wird aber zugleich die grundlegende Unzufriedenheit nicht verstehen, wenn man nicht die Werte und Normen versteht, wie sie sich in den vergangenen zweihundert Jahren in den „real existierenden“ Arbeiterklassen durchgesetzt haben.

III. SOZIALDEMOKRATIE OHNE ZUKUNFT?

Die Sozialdemokratie war historisch immer die Repräsentantin dieser „einfachen Leute“, hat aber aus verschiedenen Gründen die Fäden zu ihnen verloren. Das hat viele Gründe und man wird sie nicht verstehen, wenn man nur auf einen dieser Gründe mit dem Finger zeigt. Da ist *erstens* eine


Anpassung an die neoliberale Ideologie und die Übernahme entsprechender Politiken. Da ist *zweitens* der Eindruck, dass man letztlich ohnehin nichts tun könne gegen den Konkurrenzgeist globalisierter Märkte. Die verwundbarsten Teile der Gesellschaft wünschen sich einen Staat, der sich kümmert – aber ihnen wird dauernd eingeredet, dass Politik das heute sowieso nicht leisten kann. Da ist *drittens* seit dreißig Jahren die Konzentration auf angeblich wahlentscheidende Mittelschichten (die berühmte „neue Mitte“), ausgehend von der zeitweise richtigen, aber langfristig fatal falschen These, dass man als Sozialdemokratie die populären Klassen (die sogenannten „Kernschichten“) sowieso fix als WählerInnen habe, und dass man Mehrheiten nur erobere, wenn man die Mittellagen umgarnt. Scheinbar clevere Meinungsforscher haben dafür ihre „Sinus-Milieu-Studien“ bei der Hand, mit denen sie zuerst die Konzentration auf die Mittelschichten predigten und jetzt neunmalklug fragen, wie denn die Sozialdemokratien „das Proletariat“ verlieren konnten, als wären sie nicht die Hauptverantwortlichen dafür.

Da ist *viertens* die langsame, aber nachhaltige soziologische Transformation der sozialdemokratischen Spitzen- und Funktionärskader, in denen akademische, urbane Mittelklasse-AktivistInnen die politische Kultur prägen und die oft gar nicht mehr in der Lage sind, die Sprache der populären Klassen zu sprechen und die deren Lage genauso wenig verstehen wie deren Werte und die nicht einmal mehr wissen, woher diese Werte kommen. Aus all diesen verschiedenen Quellen speist sich seit mindestens zwei Jahrzehnten ein schleichender und mittlerweile rapider Glaubwürdigkeitsverlust, der nicht so einfach behebbar ist, da Teile dieser arbeitenden Klassen die Sozialdemokratien regelrecht hassen, weil sie sich von ihnen verraten fühlen, während sie zugleich insgeheim wissen „unter den Roten geht’s uns normalen Leuten doch am besten“. Manche PolitikerInnen glauben, mit drei, vier, fünf richtigen Forderungen (Mindestlohn; bezahlbare Mieten; Erbschaftssteuern etc.), könnte das wieder repariert werden, aber so einfach geht das nicht.

IV. CONCLUSIO: EINE HISTORISCHE MISSION ...

Richtige Forderungen summieren sich also nicht automatisch zu einem Gesamtbild, zu einem Image, zu einem klaren Profil einer Partei, wenn das Profil erst mal ausreichend verwaschen ist. Die Forderungen zahlen erst dann in eine kongruente Identität – in eine Art sozialdemokratische „Markenpersönlichkeit“ – ein, wenn man sie auch authentisch ver-

körpert, etwa, wenn man in den Vierteln mit glaubwürdigen Figuren präsent ist, nicht nur mit Apparatschiks, die sich vor den Leuten fürchten. Für die heutigen Sozialdemokratien ist das auch deshalb schwer, weil das unklare Profil ja nicht nur Folge eines Defizits, sondern auch Ausdruck einer Stärke ist: sie sind immer noch „Volksparteien“, die erhebliche Teile der urbanen, progressiven Mittelklassen als auch der einfachen Leute in den Vorstädten und kleinen Städten zu ihren potenziellen WählerInnen zählen können.

Dieses „große Zelt“ war in besseren Zeiten die Basis jener Allianz, die die SozialdemokratInnen mehrheitsfähig machte. Aber es nötigt auch einen Spagat auf, der immer schwerer wird. Heute hängt aber die Überlebensfähigkeit der westlichen Demokratien von der Frage ab, ob es die Sozialdemokratien wieder schaffen, zu den authentischen RepräsentantInnen der einfachen Leute zu werden. Das war immer ihre historisch wichtigste Mission ... und sie ist es heute wieder. 

ROBERT MISIK

ist Journalist und Sachbuchautor. Er lebt und arbeitet in Wien.

Weitere Infos unter: misik.at.



AUS DER SAMMLUNG DES RED CARPET ART AWARD

Christian Bazant-Hegemark, O.T.

70 x 100 cm, Tusche und Kohle auf Papier, gerahmt, 2009

Hat Österreich eine ZUKUNFT?

Heinz Fischer versucht sich an einer vielschichtigen Antwort auf die von der ZUKUNFT jüngst aufgeworfene Frage nach der Zukunft Österreichs. Dabei rekapituliert er das *Zeitalter der Extreme* im 20. Jahrhundert und behandelt dabei Problemkreise wie Krieg, Sozialpartnerschaft oder das Anfang der 90er Jahre gemutmaßte *Ende der Geschichte*. Seine Sorge um die Zukunft Österreichs wird dabei von der Sicherheit gemildert, dass die Sozialdemokratie ZUKUNFT hat.

Natürlich hat Österreich eine ZUKUNFT – sofern die Menschheit insgesamt eine Zukunft hat – und das möchte ich doch hoffen; obwohl es wahr ist, dass die Menschheit in ihrer vieltausende Jahre langen Zivilisationsgeschichte seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erstmals die Möglichkeit hat, sich selbst zu vernichten und unsere Zivilisation zu zerstören. Mit dieser Hypothek leben wir seit der Erfindung der Atomwaffen und der Möglichkeit, Sprengköpfe mit unvorstellbarer Zerstörungskraft aus unterirdischen Bunkern oder von getauchten U-Booten auf tausende Kilometer entfernte Ziele abzuschießen. Wenn die Menschheit vernünftig ist, wird das nicht geschehen. Aber ist die Menschheit vernünftig? Und genügen nicht einige Unvernünftige und Verantwortungslose in hohen Machtpositionen, um die ganz große Katastrophe auszulösen? Außerdem: Ist es nicht schlimm genug, dass die Gefahr von globalen Katastrophen, wie zum Beispiel einer Klimakatastrophe, zwar erkannt wird, aber die von der Vernunft zwingend gebotenen

Gegenmaßnahmen nur zögerlich und ungenügend ergriffen werden?



**TUCHMANN, BARBARA
DIE TORHEIT DER REGIEREN-
DEN. VON TROJA BIS VIETNAM.**

Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

560 Seiten | € 13,40

ISBN: 978-3-596-15394-7

Erscheinungstermin dieser Ausgabe: 2001

Das sind Fragen, die sich derzeit unweigerlich stellen. Und wir plagen uns sehr mit der Beantwortung dieser Fragen. Es sind jetzt schon 35 Jahre her seit Barbara Tuchman ihr zu großer Besorgnis Anlass gebendes Buch über die Torheit der Regierenden geschrieben hat. Und nach wie vor fürchte ich mich immer wieder vor dieser *Torheit der Regierenden*, wenn ich beispielsweise an die Politik von Donald Trump denke, aber auch an etliche andere mächtige PolitikerInnen. Doch dann bin ich wieder zuversichtlich, wenn ich sehe, wie viele Menschen hart und mit großem Idealismus daran arbeiten, das Leben auf diesem Planeten zu erhalten, noch besser zu machen, die *Sustainable Development Goals* (SDGs) der Vereinten Nationen unterstützen, billigem Populismus entgegenzutreten und das Bekenntnis zur universellen Menschenwürde mit Leben erfüllen.

I. VON KRIEG UND NATIONALISMUS

Zum Wesen globaler Themen und Probleme zählt, dass sie für alle Kontinente relevant sind, also auch für Europa. Der erste Weltkrieg hat geschätzten 20 Millionen Menschen das Leben gekostet und die Friedensbewegung ist dennoch relativ schwach geblieben. Durch wenig Klugheit und Weitblick der Siegermächte bei den Friedensverhandlungen nach dem Krieg, erhielt ein verhängnisvoller Nationalismus starken Auftrieb und brachte Hitler in Deutschland zur Macht. Der löste 21 Jahre nach dem Ende des ersten Weltkrieges mit dem Überfall auf Polen den noch viel verheerenderen zweiten Weltkrieg aus, der insgesamt mehr als 60 Millionen

Menschenleben – nämlich gefallene SoldatInnen, ums Leben gekommenen ZivilistInnen, ermordete Jüdinnen und Juden etc. – forderte.

Daraus nichts zu lernen, war unmöglich. So entstand damals die starke Forderung Konsequenzen zu ziehen, friedenssichernde Maßnahmen zu treffen, die Vereinten Nationen zu gründen und den Wiederaufbau Europas in Angriff zu nehmen, wobei die Absage an Nationalismus und Chauvinismus entscheidende Voraussetzungen für die Vision einer europäischen Einigung waren.

Viele Jahrzehnte hindurch waren das die Grundlagen und Wegweiser für das freie Nachkriegseuropa, das auf der Basis des Pluralismus und eines demokratischen Wettbewerbes aufgebaut wurde. Aber seit einigen Jahren beginnen verstärkt Wolken am europäischen Himmel sichtbar zu werden. Nationalistische Strömungen werden ebenso stärker wie – parallel dazu – Widerstände, ja sogar Feindseligkeit gegenüber der europäischen Idee. Rechtsradikalismus gewinnt an Boden. Und wir können leider nicht behaupten, dass Österreich von diesen Entwicklungen nicht erfasst oder nicht berührt wird.

II. SOZIALPARTNERSCHAFT, ZIVILGESELLSCHAFT UND EXTREMISMUS

Und damit sind wir bei unserem österreichischen Mikrokosmos, bei jener kleinen Welt, in der die große (angeblich) ihre Probe hält. Durch mindestens zwei Generationen hindurch wurden in Österreich in sehr vernünftiger Weise die Lehren aus der Geschichte beherzigt. Zusammenarbeit auf breiter Basis und Sozialpartnerschaft waren Teile unserer politischen Kultur, in der für nationalistischen Egoismus nur wenig Platz war. Flüchtlinge wurden korrekt und human behandelt und nicht zum Objekt feindseliger Agitation gemacht. Die Christliche Volkspartei war bereit sich am Maßstab christlicher Werte und Gebote messen zu lassen und auch die Sozialdemokratie hat begriffen, dass die Durchsetzung gesellschaftspolitischer Ziele nur im Rahmen einer pluralistischen Gesellschaft und mit demokratischen Mitteln angestrebt werden darf. (Selbst ein so schwieriger Begriff wie jener der „Diktatur des Proletariats“ bedeutete in der Sozialdemokratie der 20er Jahre und des Roten Wien nicht die Beseitigung der Demokratie, sondern das klare Bekenntnis dazu, totalitäre Gewalt um keinen Preis hinzunehmen, sondern die Demokratie mit allen Mitteln zu verteidigen.)

Mein subjektiver Eindruck ist darüber hinaus, dass in Österreich von PolitikerInnen und SpitzenfunktionärInnen in der 2. Republik lange Zeit vor allem Menschlichkeit, Herzenswärme, Klugheit, Erfahrung und Solidarität gefordert wurden und Cleverness, Ehrgeiz, Glattheit, Verzicht auf Grundsätze etc. nicht die primär geschätzten Eigenschaften waren. Aber ich vertraue dennoch darauf, dass Österreich weiterhin ein stabiles, demokratisches Land bleibt, in dem sich eine lebendige Zivilgesellschaft entwickelt hat, die das Land vor Extremen, welcher Art auch immer, schützen kann und will.

III. SUBSIDIARITÄT UND BEVÖLKERUNGSPROBLEM

Die Aufbruchstimmung, die sich in den 60er und 70er Jahren in vielen Teilen Europas entwickelt hat (bis hin zum Prager Frühling), hat auch in Österreich eine (knappe) Mehrheit links der Mitte ermöglicht. Die Reformen, die damals im Parlament beschlossen wurden, haben unserem Land gutgetan und wirken bis heute nach. Aber das Pendel der Geschichte kennt keinen Stillstand (auch wenn wir seine Bewegungsgesetze immer erst im Nachhinein erkennen) und so haben wir derzeit in Österreich und in vielen anderen europäischen Ländern eine Mehrheit rechts der Mitte, die versucht, sozialdemokratische Errungenschaften rückgängig zu machen, Menschenrechte zu relativieren und die gemeinsame europäische Zukunft auf ein Subsidiaritätsprinzip in einem Europa nationalistischer Vaterländer (also auf das gaullistische Modell) zu reduzieren.

Aber wir sind ja nicht am *Ende der Geschichte* angelangt. Wenn sich das Wettrennen zwischen den USA und China weiter fortsetzt (und es wird sich fortsetzen) und wenn man bedenkt, dass allein Indien die dreifache Einwohnerzahl der EU hat, wenn man bedenkt, dass Afrika seine Einwohnerzahl bis 2050 verdoppeln wird, wodurch Afrika mehr EinwohnerInnen haben wird als China und die Europäische Union zusammen usw., dann wird es in Europa zwei Strömungen geben: Jene, die für eine fortgesetzte und noch stärkere Abschottung der einzelnen Nationalstaaten in Europa eintreten, und jene, die das Konzept der europäischen Integration, der Schaffung handlungsfähiger europäischer Institutionen, der europäischen Einheit in kultureller und regionaler Vielfalt als besten Weg in die europäische – und daher auch österreichische Zukunft – betrachten.

IV. SOZIALDEMOKRATIE, LINKS DER MITTE?

Und wenn jetzt so oft die Frage gestellt wird, wieso gerade die Sozialdemokratie in Europa in der jüngsten Vergangenheit mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, dann darf ich – wie ich das auch schon bei anderen Gelegenheiten getan habe – folgende Überlegungen anstellen: Das Parteiensystem im demokratischen Europa war in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg geprägt und dominiert von zwei großen „Parteienfamilien“, deren Wurzeln in die Zeit der Entstehung der Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert zurückreichen. Es waren die rechtsstehenden ChristdemokratInnen und die links der Mitte stehenden SozialdemokratInnen. Gemeinsam hatten sie in vielen europäischen Demokratien nach dem zweiten Weltkrieg lange Zeit mehr als zwei Drittel der Stimmen und Mandate.

Die gesellschaftlichen, ökonomischen und technologischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte haben aber die Rolle der beiden Volksparteien verändert und reduziert. Die ChristdemokratInnen wurden zum Beispiel durch den Rückgang der bäuerlichen Bevölkerung, aber auch durch den weitgehenden Rückzug der Kirche aus der Politik geschwächt. Die Sozialdemokratie hat durch den Umbau der Industriegesellschaft in eine Dienstleistungsgesellschaft, in der eine kompakte und solidarische Arbeiterklasse nur mehr in schmalen Segmenten der Gesellschaft vorhanden ist, Substanz verloren, aber auch durch eine gewisse Machtlosigkeit gegenüber unsozialen Konsequenzen globaler Marktmechanismen im Sinne des Neoliberalismus.

V. NEUE MEDIEN UND DAS ENDE DER GESCHICHTE

Dabei soll nicht übersehen werden, dass das heutige Europa erfreulicher Weise in vielen Bereichen auch von sozialdemokratischen Gedanken und Errungenschaften geprägt ist, die zu selbstverständlichen Bestandteilen unserer Gesellschaft gemacht werden konnten. Beide „Volksparteien“ sind darüber hinaus vom Entstehen einer neuen Wissens- und Informationsgesellschaft betroffen, in der die Bedeutung der Parteien und der ParteifunktionärInnen bei der Information der WählerInnen im Wettbewerb mit neuen Medien und Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) deutlich geschwächt wurde.

Und schließlich sind mit der dramatischen Niederlage Hitlers und seiner Verbündeten im zweiten Weltkrieg rechts-extreme und nationalistische Strömungen weithin sichtbar

gescheitert und in ihrer ganzen Inhumanität und Verantwortunglosigkeit entlarvt worden. Heute – 75 Jahre später – sind aber die Menschen, die das alles am eigenen Leib erleben und erleiden mussten (oder eben nicht überlebt haben), nicht mehr unter uns und wir müssen uns neuerlich verstärkt mit der Gedankenwelt des Nationalismus und eines inhumanen Egoismus auseinandersetzen, die das europäische Projekt schwächen und verunmöglichen wollen.

VI. CONCLUSIO



FUKUYAMA, FRANCIS
DAS ENDE DER GESCHICHTE.
WO STEHEN WIR?

München: Kindler Verlag.
 21,2 • 13 • 4,6 | Gebunden
 511 Seiten | € 53,00
 ISBN: 978-3463401324
 Erscheinungstermin: 1992

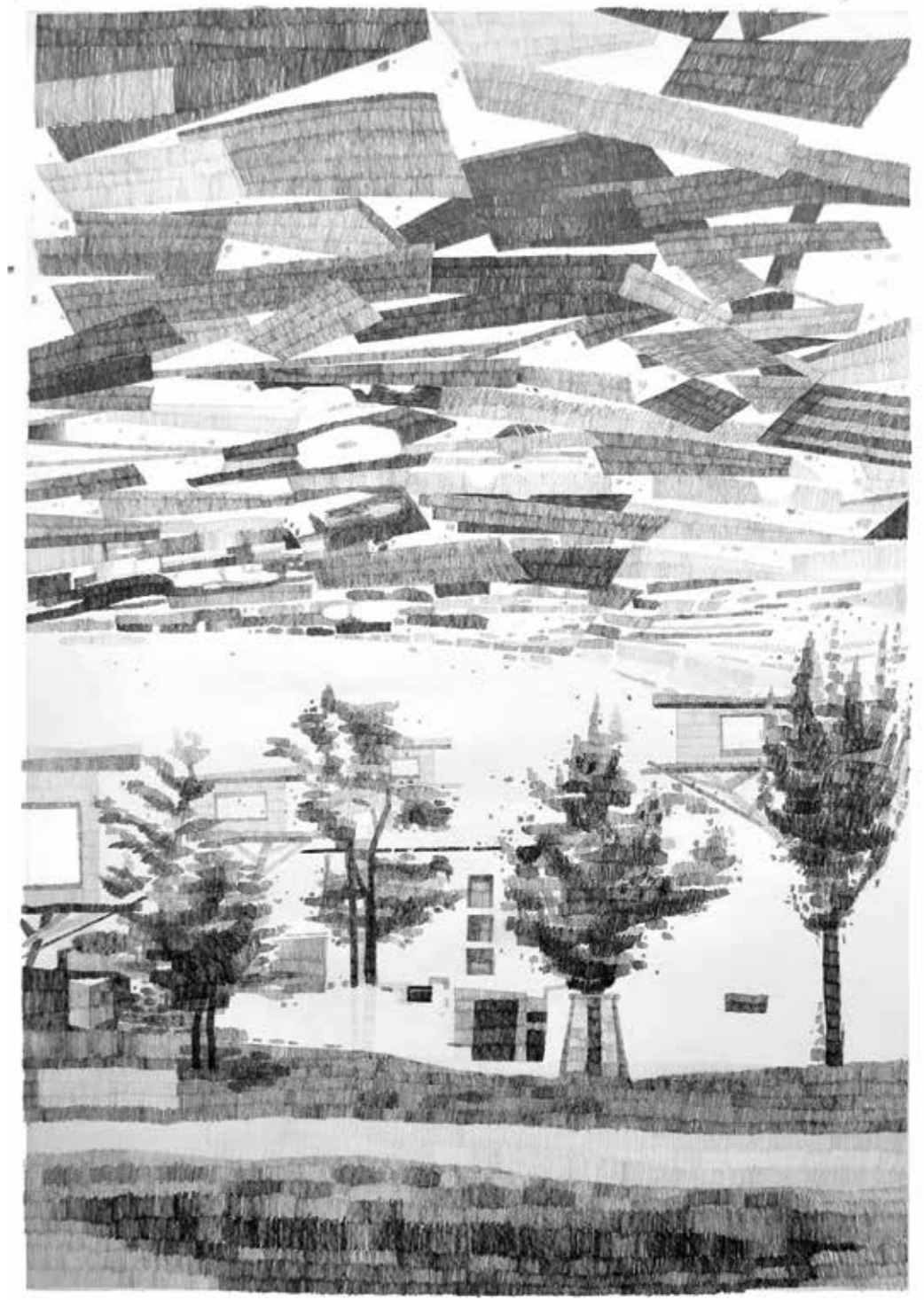
Dennoch bin ich längerfristig nicht pessimistisch, denn erstens vertraue ich darauf, dass die Menschen ja doch fähig sind, auch über Generationen hinweg aus der Geschichte zu lernen und zweitens verläuft die Geschichte bekanntlich nicht linear, sondern in Form von Pendelbewegungen. Und so wie 1989 nicht das *Ende der Geschichte* erreicht war, werden auch Trump, Erdogan, Kaczynski und Orban etc. eines Tages neuen, besseren, humaneren und weniger egoistischen Gegenströmungen Platz machen müssen.

Hat also Österreich eine ZUKUNFT?

Ja, die hat es, weil auch Europa gute Chancen auf eine europäische Zukunft hat, Österreich von einer guten europäischen Zukunft profitieren kann und die Sozialdemokratie für diese ZUKUNFT Österreichs eine wichtige Rolle spielen wird. 🍷

HEINZ FISCHER

war Wissenschaftsminister, Präsident und Universitätsprofessor.
 Von 2004 bis 2016 war er Bundespräsident der Republik Österreich.
 Er ist u. v. a. seit Juni 2016 Präsident des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen und Co-Chair des Ban Ki-moon Centre in Wien.
 Weitere Infos unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Heinz_Fischer.



AUS DER SAMMLUNG DES RED CARPET ART AWARD
Nicole Wogg, Von Haus aus schwebend 2
 100 x 70 cm, Bleistift auf Papier, 2016

Sozialdemokratie? Was tun?

Wie könnte die Sozialdemokratie das Konzept der repräsentativen Demokratie um basisdemokratische Elemente erweitern oder gar durch Formen der direkten Demokratie ersetzen? **Philippe Narval**, Generalsekretär des Forums Alpbach, beschreibt aus unabhängiger Perspektive die gegenwärtigen Probleme der SPÖ und schlägt vor, nach irischem Vorbild auch in Österreich einen BürgerInnenrat einzuführen ...

Der Transparenz halber möchte ich zu Beginn meine Beziehung zur Sozialdemokratie offenlegen. Ich habe keine. Insofern beobachte ich den Niedergang der Sozialdemokratie in Europa so wie man auf einen fremden Fußballklub blickt, der in die zweite Liga absteigt. Es tut einem an sich leid, aber Emotionen löst es keine aus. Der Vollständigkeit halber beobachte ich andere Parteien auch lieber von der Bande aus, das *Forum Alpbach* verlangt eine gewisse Distanziertheit zur Innenpolitik, um wirken zu können.

Leid tut es mir aber für jene SozialdemokratInnen, die mir in den letzten Jahren begegnet sind und ihnen widme ich auch diesen Text.

In meinem Salzburger Heimatdorf war es die Ortschefin der SPÖ Barbara Ortner, die als einzige Politikerin in den 1980er Jahren meine Mutter und andere Mitstreiter im Kampf gegen ein grässliches Apartmenthotelprojekt unterstützte. Barbara war Gastwirtin und viele Jahre im Gemeinderat aktiv. Ohne die Unterstützung von Barbara hätte es meine Mutter nicht geschafft, die Unterschriftensammlung gegen alle Widerstände der Ortsgranden zu organisieren. Am Ende gelang es, eine Mehrheit der Einwohner des Orts zu überzeugen, gegen das Bauprojekt zu stimmen. Dass das Hotelprojekt am Ende dennoch gebaut wurde, ist eine andere Geschichte.

Jahre später – ich war damals Schüler eines Gymnasiums in Salzburg – wurde ich von meinem Schuldirektor auf ein

internationales Nahost-Friedensprojekt des Bruno Kreisky-Forums aufmerksam gemacht. Ich bewarb mich und stieß im Sommer 1994 zu einer tollen Gruppe junger Menschen aus Israel, Palästina, Jordanien und Österreich. Für mich war es der erste Einblick in die Welt der internationalen Politik: wir besuchten die UNO, hörten Kanzler Vranitzky und wurden von Rudolf Scholten im Unterrichtsministerium empfangen. Das staatsmännische und weltgewandte Element der SPÖ manifestierten nicht nur die beiden Regierungspolitiker, sondern auch die damalige Generalsekretärin des Kreisky-Forums, Margit Schmidt. Schmidt war über viele Jahre persönliche Sekretärin Bruno Kreisky gewesen. Sie konnte auf humorvolle Art viele persönliche Anekdoten über den offenen Zugang Kreiskys zu den BürgerInnen unseres Landes erzählen.

Im März 2012 machte ich dann erstmals Bekanntschaft mit Caspar Einem. Einem war gerade Vizepräsident des Forums Alpbach geworden, ich trat als Geschäftsführer an. Mittlerweile ist Caspar ein väterlicher Freund geworden, der mir viel bedeutet. Seine Kreativität und Offenheit, sein Mut, schwierige Fragen anzugehen und zu experimentieren als auch seine Empathiefähigkeit bewundere ich. Heute sieht Caspar Einem die Zukunft der Sozialdemokratie problematisch. „Mit dem Herumschwadronieren und dem gleichen Schmus wie immer kann es nicht weitergehen“ kommentiert er lakonisch, als ich ihn auf das Thema anspreche. Laut Einem braucht die Partei eine andere Sprache und wirkliche Zuwendung zu Problemen, die die Menschen bedrücken.

Heute ist keine der von mir genannten Personen mehr in einer aktiven Parteifunktion, aber ich denke mir: Den Mut, sich für schwierige Bürgeranliegen stark zu machen, den Geist der Weltoffenheit und kreative Intellektualität kann jede zukunftsweisende Partei brauchen. Die Frage, die sich die Sozialdemokratie stellen muss, ist, ob sie heute noch auf FunktionärInnen zurückgreifen kann, die diese Werte leben und ob junge Menschen heute ähnliche Begegnungen haben könnten, wie ich sie als Kind und Jugendlicher mit Barbara Ortner und Margit Schmidt hatte.

Nach dieser Präambel zur eigentlichen Frage: *Was tun?* Sie stellt sich nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für jede Partei, der die Zukunft Europas und der nächsten Generation wirklich ein Anliegen ist. Meiner Meinung nach wäre es ein bedeutender Schritt, nach Jahren der Entmündigung österreichischer BürgerInnen, das Vertrauen in den Menschen wieder zu stärken, dass die Zukunft nur gemeinsam mit der Politik gestaltet werden kann. Ganz konkret muss es auf allen Ebenen Formen direkter politischer Beteiligung geben.

I. DIREKTE BETEILIGUNG STÄRKEN!

Mein Plädoyer, Demokratie vor allem als Vertrauen in die Zukunftsentscheidungen von Menschen zu verstehen, beruht insbesondere auf Diskussionen mit engagierten, jungen Leuten aus der ganzen Welt beim *Forum Alpbach*. Allerdings stoße ich in den letzten Jahren in vielen Gesprächen zum Thema Demokratie auf immer mehr Skepsis und Pessimismus. Trump, der Brexit, das Erstarken der Rechtspopulisten in Europa hat viele zum Zweifeln gebracht, ob unsere Demokratie den Ansturm der ExtremistInnen überlebt. Von diesem Sommer in Alpbach ist mir da zum Beispiel eine Aussage aus einem Gespräch mit Julia, einer Jura-Studentin aus Manchester, in Erinnerung, die mir von ihrer Frustration über die ganze Lage in Großbritannien erzählte: „Ich bin vor allem wütend auf die BürgerInnen meines Landes. Wie können die Leute nur so dumm und unreflektiert agieren? Solche Entscheidungen über die Zukunft eines Landes können wir nicht einfach den Leuten überlassen, dafür wählen wir doch PolitikerInnen“!

Ich hatte das Argument seit der Wahl Trumps und dem Brexit schon öfter und in unterschiedlichen Ausprägungen gehört. Am Ende ging es immer darum, dass wir die DurchschnittsbürgerInnen doch nicht für voll nehmen könnten.

Mit welcher Haltung begegnen wir unseren MitbürgerInnen? Wie begründet sich unser Demokratieverständnis? Vertrauen wir in die Mündigkeit jedes und jeder Einzelnen unsere Gesellschaft sinnvoll mitzugestalten oder nicht? Ja, haben wir uns nicht alle einmal bei dem Gedanken erwischt, dass wir unseren MitbürgerInnen nicht wirklich zutrauen, gute Entscheidungen über die Zukunft unserer Gesellschaft zu treffen? Müssen wir in Europa am Ende vielleicht nicht nur von einer Politikverdrossenheit, sondern auch von einer Bürgerverdrossenheit sprechen?

II. AUF VERTRAUEN SETZEN

In der aktuellen Krise der Demokratie kann die Strategie daher, entgegen aller instinktiven Reaktionen, nur heißen auf Vertrauen zu setzen, auf unsere Mitmenschen zuzugehen sowie vertrauensvoll und aufrichtig für unsere jeweiligen Anliegen zu werben. Denn eine Verdrossenheit über unsere MitbürgerInnen dürfen wir uns nicht leisten. Könnte sich nicht die Sozialdemokratie als Advokatin für mehr Partizipation und Beteiligung in Österreich positionieren?

Auch wenn wir irrationales Handeln nie ausschließen können, gegebenenfalls die falschen Entscheidungen treffen und uns von Emotionen in Konflikte treiben lassen, sind wir auch in der Lage, tragfähige Kompromisse zu schmieden. Die Kooperationsfähigkeit zeichnet unsere Spezies genauso aus wie Konkurrenzfähigkeit, nur, dass wir Letzterer unter dem dominanten Geist des Neoliberalismus über die letzten Jahrzehnte zu viel Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Dass bei der Frage, wer sich wie beteiligt, aber auch die soziale Komponente eine Rolle spielt, ist nicht zu unterschätzen. BürgerInnen niedriger Einkommens- und Ausbildungsschichten neigen viel weniger dazu, sich an dialogischen Prozessen zu beteiligen. Dass sich soziale Ungleichheit negativ auf die Beteiligung sozial schwacher Gruppen auswirkt, hat der Politikwissenschaftler und Professor an der Universität Osnabrück, Armin Schäfer, mit seinem Beitrag *Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa (2010)* belegt (online unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s12286-010-0075-9>). Dies wird besonders dort relevant, wo es nicht nur um bürgerschaftliche Engagements geht, sondern Entscheidungen für alle getroffen oder vorbereitet werden sollen.

Doch es gibt eine Form der Bürgerbeteiligung, die genau diese Frage der Repräsentativität gelöst hat und dabei auf eine

urdemokratische Form der Entscheidungsfindung aufbaut. Der Bürgerrat, ein Modell der deliberativen Entscheidungsfindung, ist meiner Meinung nach so ausgereift, dass wir auf ihn als Baustein für die Erneuerung unserer Demokratie nicht verzichten sollten. Das Modell des Bürgerrats wurde zum ersten Mal auf nationalstaatlicher Ebene in Irland erprobt und es zählt sich aus, sich dem Praxisbeispiel zu widmen, anstatt sich weiter mit theoretischen Abhandlungen aufzuhalten.

III. DAS IRISCHE MODELL

Im Zuge der Recherchen für mein Buch *Die freundliche Revolution* reiste ich 2017 nach Dublin, um die Geschichte einer Initiative zu verstehen, die durch ihr Wirken die größte demokratiepolitische Innovation der letzten Jahre herbeiführen sollte.



**NARVAL, PHILIPPE
DIE FREUNDLICHE
REVOLUTION**

Wien: Molden Verlag
13,5 • 21,5 | Hardcover mit su
160 Seiten | € 21,00
ISBN: 978-3-222-15012-8
Erscheinungstermin: März 2018

Der erste Bürgerrat *Convention on the Constitution* lief von 2012–2014 noch unter Beteiligung von ParlamentarierInnen, in der zweiten Auflage zwischen 2016 und 2018 kamen dann 99 BürgerInnen zu Verfassungsfragen und Zukunftsthemen zusammen. Umso wichtiger war es, dass auch für die Durchführung dieses neuen Bürgerrats, nun *Citizen Assembly* genannt, mit der angesehenen Richterin Mary Laffoy eine unabhängige Vorsitzende gefunden werden konnte, der zudem die Spitzenbeamtin Sharon Finegan zur Seite gestellt wurde. Von Anfang an war für die Verantwortlichen klar, dass die *Assembly* auf Überparteilichkeit, volle Transparenz und eine klare Außenkommunikation zu allen Prozessen und Verfahren setzen musste. Nur so hatte das Verfahren eine Chance, sich gegen äußerst kritische Medien, eine skeptische Öffentlichkeit und gegnerische *AktivistInnenbewegungen* zu behaupten. Die Regierung hatte unter die fünf Reformthemen nämlich auch das politische Spaltthema schlechthin, das Abtreibungsthema, gemischt.

Am 15. Oktober 2016 traf sich die *Assembly* zum ersten Mal und am 26. November 2016 sollte schon die erste Sitzung zum Thema stattfinden. Akribisch begann das Sekretariat unter Sharon Finegan, nach vertrauenswürdigen *ExpertInnen* zu suchen. Ein zentrales Kriterium für die Auswahl war neben der wissenschaftlichen Exzellenz und Erfahrung auch, dass diese nie öffentlich eine persönliche Meinung zum Thema geäußert hatten. Denn die Meinungsbildung sollte hier den BürgerInnen zugesprochen werden. Über dieses konsultative Verfahren erhielt die schweigende Mehrheit erstmals eine Stimme und dieses polarisierende Thema konnte durch das Verfahren versachlicht werden. Weil den Expertisen beim Bürgerrat viel Zeit und Raum gegeben wurde, ist anzunehmen, dass auch die Wertschätzung für faktenbasierte Politik wuchs. Im Bürgerrat entstand eine andere Art der Öffentlichkeit und Meinungsbildung, eine andere Art, Themen und Fragestellungen zu analysieren und zu bearbeiten, als wir sie aus den aufgeheizten Debatten in den Medien und den digitalen Netzwerken kennen. *BürgerInnen* aus allen Gesellschaftsschichten hatten über viele Stunden kritische, klärende Arbeit an den Fakten geleistet und am Ende im Dialog einen Konsens gefunden.

Die Empfehlungen für eine umfassende Reform der Verfassung und Abtreibungsgesetzgebung, über den der Bürgerrat am 23. April 2017 abgestimmt hatte, gingen weiter, als es sich die offizielle Politik des Landes getraut hätte. Die teilnehmenden *BürgerInnen* waren fähig, sich in einer komplexen Materie zurechtzufinden und über ideologische Gräben hinweg zu einem Konsens zu kommen. Doch die Ergebnisse des Bürgerrats waren nicht bindend und das letzte Wort hat immer noch das gewählte Parlament, welches sich am Ende für das Abhalten einer Volksabstimmung im Frühjahr 2018 entschied. Insofern ist das Format keine Konkurrenz, sondern eine wertvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Dennoch ist klar, dass direkte Beteiligung gestärkt werden kann, wenn eine Volksabstimmung durchaus, wie im irischen Fall, der in Aussicht gestellte Abschluss des Verfahrens ist. Für die etablierte Politik bieten solche Verfahren eine Chance, Unterstützung für zukunftsorientierte Sachpolitik zu erhalten.

Der Bürgerrat ist ein robustes Modell, das bewiesen hat, dass *BürgerInnen* der Politik weit voraus sein können, wenn es darum geht, bei hoch emotionalen Themen konstruktiv und sachlich miteinander zu arbeiten. Und das gilt nicht nur für das Abtreibungsthema, sondern auch für andere Belange wie den Klimaschutz.

Das irische Beispiel lehrt uns, dass das Bild des Wutbürgers (vor allem männlichen Geschlechts), der in Onlineforen herumstänkert, nur begrenzt die Realität abbildet. Konfliktgeladene Themen, die die Politik alleine nicht entscheiden kann oder will, erscheinen in einem anderen Licht, wenn BürgerInnen sie ohne Hintergedanken und Beeinflussung von Interessengruppen beleuchten. Die Bürgerversammlung ist keine Konkurrenz zur Arbeit der Parlamente, denn die Empfehlungen der BürgerInnen sind noch weit entfernt von konkreten und durchdachten Gesetzesentwürfen. Im Gegenteil: Am Ende wird der Politik mit sachlichen, fundierten und kompromissbereiten Vorgaben eine Hilfestellung geliefert. Die *BürgerInnen* werden zu Verbündeten für reformwillige EntscheidungsträgerInnen. Die Ergebnisse der irischen Versammlungen weisen aber auch den Weg zu einer aufgeklärten Gegenöffentlichkeit, die der vorrangig konfliktorientierten Fokussierung vieler Medien und der Polarisierung in sozialen Netzwerken etwas Konstruktives entgegenhält.

V. CONCLUSIO: FÜR EINEN ÖSTERREICHISCHEN BÜRGERRAT!

Könnte nicht ein österreichischer Bürgerrat ein Schlüsselprojekt der Sozialdemokratie werden, um den Stimmen der *BürgerInnen* unseres Landes ein stärkeres Gehör zu verschaffen und gleichzeitig zukunftsorientierte Kompromisse ermöglichen, die diese auch mittragen? Die Erfahrungen mit dem Bürgerrat in Irland zeigen, dass dieses deliberative Verfahren ausgereift genug ist, um auch auf europäischer Ebene Anwendung zu finden. Könnte nicht ein permanenter europäischer Bürgerrat, mit einer alle zwei Jahre wechselnden Zusammensetzung, wertvolle Politikempfehlungen abgeben, die dem Parlament als Arbeitsgrundlage dienen könnten?

Der Auftrag einer solchen Versammlung, die sich wie in Irland aus einer Gruppe per qualifizierter Zufallsauswahl nominierter *BürgerInnen* zusammensetzt, könnte bewusst darin liegen, die europäische Politik auf ihre Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit hin zu überprüfen. Hätte nicht ein österreichischer Bürgerrat, abseits des Erwartungsdrucks, dem die Politik permanent unterliegt, eine Chance, die großen Fragen der Zukunft zu stellen: Wie wollen wir in Zukunft leben? Wie wollen wir mit der Umwelt und unserem Planeten umgehen? Welchem Zweck dient die Wirtschaft? Was sichert ein friedliches Zusammenleben in unserer Nachbarschaft? Nicht nur im Anschluss an diese wichtigen Anliegen, sondern auch an die basisdemokratische Tradition der grünen politischen Strömung scheint es mir ratsam, die Idee

der Bürgerräte auf verschiedenen Ebenen aufzugreifen. Es könnte ein neuer Ansatz sein, die sozialdemokratische Erzählung von der Demokratie im Gestus des Vertrauens in die Zukunftsentscheidungen der BürgerInnen und damit der direkten Demokratie fortzuschreiben, die in einem Bürgerrat versammelt wären.



PHILIPPE NARVAL

studierte am King's College London und der Universität Oxford. Er ist Generalsekretär des europäischen Forums Alpbach. Weitere Infos online unter: <https://www.alpbach.org/de/person/philippe-narval/>.



**AUS DER SAMMLUNG
DES RED CARPET AWARD**
Ausstellungseröffnung Olga Georgieva
Wiener Bildungszentrum Praterstraße

Wohin zieht die neue Zeit?

Lena Doppel-Prix fragt nach der ZUKUNFT der Sozialdemokratie und betont, dass die SPÖ dringend eine wahrnehmbar linke und inhaltlich fortschrittliche, also eine wirklich *soziale* und *demokratische* Politik nötig hat. Sie fordert deshalb eine umfassende Demokratisierung der sozialdemokratischen Organisationen, die sich auch den Zynismen des digitalen Neoliberalismus widersetzen müssen.

Eines meiner eher seltsameren Erlebnisse als frischgebackenes Mitglied der *Sozialistischen Jugend Wien* der frühen 1980er Jahre war das oftmalige Auftauchen von Erklärungen politischer Positionen wie „Das ist halt so“, manchmal auch „Das hat schon Karl Marx so gesagt“. Später erfuhr ich auch, wie man das nennt: „Dogma“, wobei ich heutzutage eigentlich sagen würde: viel davon war viel simpler einfach „Tradition“, etwas, das man eigentlich mehr mit Konservatismus verbindet als mit Sozialdemokratie.

I. DIE „FREMDE“ UND EUROPA

Inhaltlich schwer vor den Kopf gestoßen wurde ich das erste Mal, als Ende der 80er Jahre – wegen Jörg Haider – innerhalb der SPÖ das Thema des „Fremden“ auftauchte. Dies vor allem in Gestalt „der Flüchtlingsfrage“, die bei einer Veranstaltung eines inzwischen pensionierten Mitarbeiters des Bundeskanzleramts diskutiert wurde. Fazit der Diskussion: ein SPÖ-interner Graben. Den ersten von vielen innerhalb der Bewegung, den ich kennenlernen sollte – zwischen BefürworterInnen einer „Das Boot ist voll“-Politik und jenen der Menschenrechte. Als Enkelin jüdischer Geflüchteter war meine eigene Position hier wenig variabel. Interessanterweise ging es damals für mich aber innerhalb der Bewegung das erste Mal tatsächlich um „Bewegung“, also um Veränderung: grundlegende Veränderung von Positionen der Sozialdemokratie in eine Richtung, in die es seitdem leider zügig „voran“ geht: Neoliberal, menschenkeptisch – damit wir nicht *menschenfeindlich* schreiben müssen – und in der Grenzziehung nicht gerade sozial oder internationalistisch, sondern vielmehr geprägt von „Wir sind hier“ und „Die sind dort“.

Danach verschwand das Thema für mich aufs Erste. Politisch war ich desillusioniert, Karriere im System machten die anderen (jene, die mit „Das war schon immer so“ keine Probleme hatten). In den 90er Jahren war ich deshalb auch mehr mit dem Aufbau eines Lebens und einer (Art von) Karriere beschäftigt und kümmerte mich wenig um Politik. Nach dem Fall der Mauer schien die Welt auch durchaus eine nettere zu sein. Ein typisches Bild aus dieser Zeit war mein damaliger Lebensgefährte, der gerne während der *Zeit im Bild* mit den im TV auftauchenden PolitikerInnen schimpfte. Den Fernseher anzuschimpfen fand ich wenig hilfreich und ich bat ihn doch wenigstens einen Brief an Medien oder Parteien zu schreiben. Aber ich glaube, das Schimpfen hat ihm – wie so vielen ÖsterreicherInnen – einfach gereicht. Ein positiver Höhepunkt dieser Zeit war für mich der Beitritt zur EU, der übrigens als „kapitalistisches Projekt“ in der SJ von einigen angefeindet wurde. Für mich war der Beitritt aber mit der Perspektive verbunden, als kleines – und sehr konservatives – Österreich zu etwas Größerem zu gehören.

II. DER „AUSLÄNDER“ UND DER „GUTMENSCH“

Mein Interesse an Politik kam erst zurück als das Thema Ausländerfeindlichkeit in den Nullerjahren wieder ganz groß aufpoppte und diesmal leider auch in der Sozialdemokratie, die Regierungsverantwortung übernommen hatte. Mangels eigener Konzepte in diesem Bereich machte man halt das, was der Koalitionspartner in diesem Bereich wollte: verschärfen, verschärfen, verschärfen ... so wurde eine im Grunde rechte Politik in diesem äußerst sensiblen Bereich als tolle Errungenschaft der Sozialdemokratie verkauft. Dadurch wurde der Konflikt aber natürlich nicht entschärft, sondern nur weiter angeheizt. Rechtspopulistische Positionen wurden auch in-

nerhalb der Sozialdemokratie plötzlich „aussprechbar“, nicht nur da draußen in der Gesellschaft, wie heute gerne behauptet wird.

Die Zehnerjahre brachten dann den diffamierenden Begriff des „Gutmenschen“ als Beleidigung und einen endgültigen Bruch mit der Idee, dass Politik etwas sein könnte, das man inhaltlich verkaufen könne. Seitdem heißt der ideologische Grundkonsens der Sozialdemokratie in der Bundespolitik – etwa seit Viktor Klima – nun auch scheinbar offiziell „Die Leute sind eh alle deppat (sonst würden sie ja nicht FPÖ wählen)“ und „FührerInnenkult (à la Haider) light, und dann wird das schon“. Es wurde aber nicht, und ich glaube auch das wird so nichts.

Dabei hoffe ich immer noch auf eine Rückbesinnung. Die Sozialdemokratie bräuchte dringend eine wahrnehmbar linke, inhaltlich fortschrittliche und d. h. wirklich *soziale* und *demokratische* Politik. Die ArbeiterInnen sind kein bestimmender Faktor der Politik mehr, aber Probleme rund um das Thema Arbeit und wie der dadurch entstehende Reichtum verteilt wird, gibt es mehr als genug. Auch Menschen, die am demokratischen Prozess nicht teilnehmen dürfen und solche, die sich davor fürchten, zurückgelassen zu werden, gibt es zu Hauf. Und nein, die sind nicht einfach alle „dumm“ und „Nazis“, aber man kann auch nicht einfach sagen „ihr habt recht und wir machen, was ihr wollt“. Denn viele wollen eben auch das Falsche.


III. INTERNATIONALE SCHWEIGESPIRALE

Philip Manow analysiert in *Die politische Ökonomie des Populismus* (2018), dass es nicht vorrangig die WohlstandsverliererInnen sind, die sich populistischen Parteien zuwenden, sondern vielmehr die Mittelschichten, die sich vor einem drohenden Abstieg fürchten. Jobverlust durch Digitalisierung und eine Welt in der Ängste davor entstehen, dass man nicht mehr mitkommt, Probleme mit dem weltweiten Klimawandel, bestehende und zukünftige Migrationsströme, Überalterung der Bevölkerung ... man hat nicht das Gefühl, dass all diese Probleme ernsthaft angegangen oder auch nur diskutiert werden – und sei es nur indem man zugibt: „Das können wir in Österreich allein nicht lösen, wir werden aber alles tun, um uns schleunigst zu reinternationalisieren.“ Es geschieht aber genau das Gegenteil: internationale Solidarität scheint als Thema der Sozialdemokratie überhaupt verschwunden zu sein, was da-

von noch existiert, dringt jedenfalls nicht nach außen. Dabei wäre gerade das in Zeiten der digitalen Globalisierung viel einfacher.

Auch mit dem Internet hat die Sozialdemokratie keinen Glücksgriff gehabt. Das knappe 1 % der Bevölkerung, welches online politische Meinungen äußert, wird von vielen als „Stimme des Volkes“ präsentiert. Und – wie die Soziologin Elisabeth Noelle-Neumann bereits in den 1970er Jahren in ihrer Theorie der *Schweigespirale* formuliert hat – neigt eine schweigende Mehrheit dazu, die Stimmen einer lauten Minderheit als so dominant zu empfinden, dass sie nicht mehr bereit ist, ihre eigene Meinung zu äußern. Wir müssen von der Gewohnheit weg, nur Umfragen zu machen und dann das zu sagen, was die angebliche Mehrheit der Menschen für gut befunden hat. Damit wird Politik nämlich Teil der Schweigespirale und kann keine gestaltende Funktion mehr wahrnehmen.

IV. SCHLUSS

Mit der derzeitigen Politik unterscheidet sich die Sozialdemokratie also nicht im Geringsten von den populistischen Parteien, die das „volksnahe“ Nachplappern einfach viel besser können. Wir müssen auch aufhören *Social Media* als ein *manipulatives* Werkzeug zu begreifen: zuerst zeigt man Kalendersprüche und dann dringen die politischen Botschaften zu den Menschen vor, weil ein „Verhaltensökonom“ das so „berechnet“ hat. Politischer *Zynismus*, der nach außen als Volkstümlichkeit zur Schau gestellt wird, ist eine Perversion der Politik. Keine Ahnung also, wohin die Sozialdemokratie in ZUKUNFT gehen wird, aber ich sehne mich nach etwas Neuem, nicht nach einer Führerpersönlichkeit, sondern vielmehr nach vielen Führungspersönlichkeiten, einer umfassenden Demokratisierung und Ent-Zynifizierung der sozialdemokratischen Organisation(en). Ich wünsche mir viele Menschen, die alle das Ruder in die Hand nehmen und das Boot wieder dorthin steuern, wo wir *gemeinsam* die Gesellschaft voranbringen können. Nennt mich naiv – so nennt man mich schon seit meiner Jugend – ich aber nenne mich *fortschrittlich*, im Sinne von „Mit uns zieht die neue Zeit“ ... die wir erst neu erfinden müssen. 

LENA DOPPEL-PRIX

ist Autorin, Digital Strategist, Social Media Trainerin und Beraterin.

Weitere Infos online unter: <https://www.lenadoppel.com/>



Germany Ausstellungseröffnung in der österreichischen Botschaft in Berlin



Showroom Altes Landgut, Daniel Ecker



Opening Showroom Karlsplatz, Birgit und Peter Kainz



Red Carpet Showroom Karlsplatz, Simon Goritschnig

Mit der ZUKUNFT spielen ... Ein Wunschkonzert?

Dass utopische Vorstellungen und Wünsche für linke und progressive Politik von großer Bedeutsamkeit sind, behandelt **Christian Swertz**. Er hat sich vorgenommen, im Sinne eines Wunschkonzerts die drängendsten politischen Probleme der Sozialdemokratie und damit auch der österreichischen Weltgesellschaft auf den Punkt zu bringen. Der Autor plädiert für einen internationalen Weltstaat und lässt sich damit in allen Wortbedeutungen auf ein Spiel ein ...

Es gibt Menschen, die behaupten, dass das Leben kein Wunschkonzert sei. Das Argument wird so oft verwendet, dass wir versucht sind, es zu glauben. Und auf den ersten Blick ist es ja auch überzeugend. Denn es ist klar, dass wir nicht immer einfach alles bekommen können, was wir gerne haben möchten. Und es ist manchmal nicht einmal denkbar, dass uns beliebige Wünsche erfüllt werden könnten. Das zeigt schon ein kleines Gedankenexperiment: Nehmen wir einmal an, Jeff Bezos, der Gründer von *Amazon* und derzeit der reichste Mensch der Welt, verspricht, mir einen Wunsch zu erfüllen – egal welchen. Geld spielt keine Rolle. Nehmen wir weiter an, ich würde mir nicht wünschen, zum Mond zu fliegen (das wünscht Bezos sich schon selbst), sondern ich würde mir z. B. ganz einfach wünschen, dass die Klimaprobleme gelöst werden. Dann könnte Bezos den Wunsch nicht erfüllen, selbst wenn er das wollte. Weil aber nicht alle Wünsche erfüllt werden können, kann das Leben auch kein Wunschkonzert sein – so die Logik. Das wird oft noch einen Schritt weitergetrieben: Denn, weil das Leben kein Wunschkonzert ist, darf ich mir auch nicht *wünschen*, dass die Klimaprobleme gelöst werden. Und wenn ich mir das doch wünsche, dann ist zumindest alles, was ich vorschlage, damit der Wunsch in Erfüllung geht, unrealistisch, weil das Leben ja *kein* Wunschkonzert ist.

Das klingt nicht nur verdreht, das ist es auch. Und es hat einen fatalen Effekt: Die ZUKUNFT endet hier. Denn ohne zu wünschen, ohne kreative Ideen, ohne Utopien und wilde *Fantasien* gibt es keine ZUKUNFT, sondern nur ein weiter so, ein mehr vom immer Gleichen, ein *konservatives* oder *reaktionäres* Beharren auf dem Etablierten, auf dem *Status quo*. Dass die Etablierten (zu denen ich mich zählen muss) gerne auf Etabliertem beharren und dazu immer wieder das Argument benutzen, dass das Leben kein Wunschkonzert sei, ist oben schon deutlich geworden.

Für alle anderen, die nicht ganz so etabliert sind – und das sind die meisten Menschen – ist eine konservative oder gar reaktionäre Haltung aber keine gute Idee. Denn nicht Alles im Leben Aller ist zum Besten bestellt. Zwar ist die Lage – gerade in Österreich – keineswegs katastrophal oder bedrohlich (auch wenn reaktionäre Etablierte das gerne erzählen). Aber Verbesserungsbedarf gibt es doch an der einen oder anderen Stelle. Und besser wird das Leben sicher nicht, wenn wir darauf bestehen, dass alles so bleibt, wie es ist. Denn dann verbieten wir uns selbst, das Leben auch nur besser zu denken. Oder, noch dümmmer, wir lassen uns verbieten, das Leben besser zu denken. Schön ist das nicht. Wunschkonzerte dagegen schon ...

I. EINE WUNSCHLISTE!

Es ist also eine gute Idee, eine Runde Wunschkonzert zu spielen, um über Österreichs Zukunft in der ZUKUNFT nachzudenken. Und wo wir von Wünschen sprechen: Dem Wunsch, meine Wünsche für die Zukunft Österreichs zu äußern, entspreche ich gerne. Und ich habe nicht einmal viele, sondern nur fünf:

1. Es wird kaum noch Gas, Kohle und Erdöl verbrannt.
2. Es werden kaum noch chemische Stoffe in die Umwelt eingebracht.
3. Die Grundversorgung aller Menschen mit materiellen Gütern ist sichergestellt.
4. Alle Menschen haben gleichen Zugang zu Gesundheit, Bildung und Recht.
5. Österreich ist ein Bundesstaat im Weltstaat.

Wenn Ihnen diese Wunschliste überhaupt nicht gefällt, ist es am besten, wenn Sie jetzt zum nächsten Beitrag weiterblättern ...

Wenn Ihnen meine Wünsche aber zumindest vorerst einmal interessant erscheinen und sie den einen oder anderen vielleicht auch hegen, dann sind für Sie die Motive für die ersten vier Wünsche ziemlich offensichtlich: Dass ein schönes Leben in Österreich auch in ZUKUNFT einen erträglichen Zustand der Umwelt und ein akzeptables Maß an sozialem Frieden erforderlich macht, ist eigentlich selbstverständlich. Etwas überraschend, wenn auch, wie die anderen Wünsche, nicht neu, ist vermutlich der fünfte Wunsch. Darum möchte ich den fünften Wunsch etwas genauer ausmalen (nicht, dass ich hinterher das Falsche bekomme, falls meine Wünsche erfüllt werden).

II. VON DER KONKURRENZ ...

Derzeit machen sich viele Nationen ökonomische Konkurrenz. Sie begreifen sich als erfolgreich, wenn es viele Unternehmen in der Nation gibt, versuchen daher, Unternehmen möglichst günstige Preise anzubieten und drehen dafür an allen verfügbaren nationalen Kostenschrauben. So will jede Nation erreichen, dass Unternehmen bei ihnen kaufen, sich also dort ansiedeln. Weil das nun eine Konkurrenz *zwischen* Nationen ist, ist es eine *globale* Konkurrenz. Das ist zunächst einmal nicht schlecht, weil Konkurrenz in einem Markt sich bisher als recht produktives Modell erwiesen hat. Ob es sich in diesem Fall aber überhaupt unbedingt um einen Markt handeln muss, ist nicht ausgemacht. Und Märkte haben durch-

aus auch unerwünschte Eigenschaften, wie z. B. die Tendenz zur Selbsterstörung durch Monopol- und Oligopolbildung. Darum gibt es in Österreich und vielen anderen Nationen ein Kartellrecht. Denn ohne Kartellrecht würden die Märkte schnell von Monopolisten oder Oligopolisten zerstört werden.

Für den Markt, in dem die Nationen konkurrieren, gibt es aber *kein* Kartellrecht. Das hat vorhersehbare Folgen: Es kommt in diesem unkontrollierten Markt zu Monopol- und Oligopolbildungen. Die werden dann z. B. als Nord-Süd-Konflikt oder Ost-West-Konflikt bezeichnet, was die Sache nicht besser macht. Zu vermeiden sind solche Konflikte aber kaum, solange es kein Kartellrecht gibt, mit dem die Konkurrenz zwischen den Nationen weltbürgerlich geregelt wird.

III. FÜR EINEN WELTSTAAT!

Um ein Kartellrecht für die Konkurrenz zwischen Nationen zu etablieren, ist eigentlich nur ein Staat erforderlich, der das Kartellrecht beschließen und durchsetzen kann. Für die Konkurrenz zwischen den Nationen muss das klarerweise ein Weltstaat sein. Den einzurichten wäre nicht einmal besonders schwierig, denn welche Form ein solcher Staat haben muss, ist klar, weil es weltweit überraschend unstrittig ist, dass Staaten sozial und demokratisch sein sollten – auch wenn die Vorstellungen von Daseinsvorsorge und Demokratie sich zwischen den Nationen ein wenig unterscheiden. Das sollte und könnte in der Verfassung des Weltstaats entsprechend berücksichtigt werden.

Für eine solche Verfassung gibt es bereits Entwürfe über die sicher noch ein wenig diskutiert werden sollte, die sich aber durchaus schon sehen lassen können. Die Verfassung muss wegen des mit dem demokratischen Gedanken unbedingt verbundenen Prinzips der *Völkssouveränität* vom Volk beschlossen werden. Dieser Idee mag angesichts der gescheiterten Versuche, eine europäische Verfassung zu etablieren, leicht mit dem Einwand eines unrealistischen Wunschkonzerts begegnet werden. Darum ist es nötig, an dieser Stelle an den dritten und den vierten Wunsch zu erinnern, denn die Liste ist durchaus freundlich gemeint: Ich will *alles* haben. Und zwar bitte auch noch *für alle*.

In diesem Sinne sind der dritte und vierte Wunsch nicht nur für das Burgenland (wo ich lebe) oder ganz Österreich gemeint, sondern für die ganze Welt. Bessere Preise in der Konkurrenz der Nationen anzubieten, indem die nationalen Kos-

ten in diesen Bereichen gesenkt werden, ist aber nicht mehr möglich, wenn es einen Weltstaat gibt, mit dem solche Dinge *gemeinsam* und für alle Menschen gleich geregelt werden. Und es erscheint mir nicht allzu verwegen anzunehmen, dass die meisten Menschen dem zustimmen würden.

Dazu trägt auch bei, dass es natürlich nötig ist, die zur Finanzierung des dritten und vierten Wunsches erforderlichen Steuern ebenfalls weltweit zu erheben, womit auch dieser Bereich zumindest teilweise der Konkurrenz der Nationen entzogen wird.

Auf diesem Weg wird zugleich die Basis für die Erfüllung der ersten beiden Wünsche gelegt. Denn nicht nur soziale Ungerechtigkeit, sondern auch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen wird oft benutzt, um bessere Preise in der Konkurrenz der Nationen erzielen zu können. Außerdem wird damit eine Falle aufgestellt, die so funktioniert: Was nützt es schon, wenn ich oder alle BurgenländerInnen oder alle ÖsterreicherInnen weniger Auto fahren, wenn doch die Menschen in allen anderen Bundesländern oder Nationen weiterhin mit ihren stinkenden Blechkisten die Luft verpesten? Gar nichts, und daher brauche ich auch nichts zu tun.

Dieser Falle auszuweichen, ist fast unmöglich, es ist aber möglich, die Falle mit einem Weltstaat wegzuschaffen. Das mag nach einem radikalen Einschnitt klingen, nach überbordender staatlicher Bürokratie, nach totalitärer Kontrolle, autoritärer Regulation der Märkte und nach Umweltdiktatur. Das ist aber weder eine zwingende Folge, noch so gemeint. KapitalistInnen, die unkontrolliert von der Leine gelassen werden, neigen zwar dazu, über die Stränge zu schlagen und sich als Herren aufzuspielen, etwa indem sie die Konkurrenz der Nationen für sich so nutzen, dass sie die Nationen gegeneinander ausspielen. Leider ist gutes Benehmen nicht angeboren, sondern muss gelernt werden. Das ist zu lernen, geht aber schon.

IV. SCHLUSSBETRACHTUNGEN: EIN GEFÄHRLICHES SPIEL?


So ähnlich wie es mühsam ist, Pferde zuzureiten, die sich, wenn man sich die Mühe gemacht hat, als nützlich erweisen können, ist es zwar etwas mühsam, KapitalistInnen dazu zu erziehen, den Signalen zu folgen, aber durchaus möglich – wie bei Pferden kann schon ein Stück Zucker einiges bewirken. Und gut erzogene KapitalistInnen sind sehr nützlich, vor allem, wenn es darum geht, schnelle und weitreichende Lösungen für dringende und drängende Probleme zu entwickeln. Für die Entwicklung und Verbreitung schneller und

weitreichender Lösungen vorgegebener Probleme haben sich kapitalistische Strukturen wirklich bewährt ... *Amazon* ist dafür ein wunderbares Beispiel, denn das Unternehmen ist erst 20 Jahre alt. So lange kann ich auf die Erfüllung meiner Wünsche warten. Nebenbei hat *Amazon* eine digitale Infrastruktur produziert, die für die Administration eines Weltstaats sehr gut verwendet werden kann, und damit wäre das bisher wesentliche Hindernis aus dem Weg geräumt.

Das Beispiel *Amazon* zeigt zugleich, dass die Konkurrenz der Nationen nicht hilfreich ist, wenn es um die Frage geht, wer das Sagen hat. Die Macht geht vom demokratisch entscheidenden Volk aus – aber nur, wenn die Völker sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wenn die Völker sich aber auf das Spiel der Konkurrenz der Nationen einlassen, dann lassen sie sich auf ein Spiel ein, dessen Spielregeln so gebaut sind, dass sie nur *verlieren* können.

Nun gibt es Menschen, die Lust am Scheitern empfinden und die sich nicht nur gerne quälen, sondern sich auch gerne ein wenig quälen lassen. Wenn man das mag, ist es natürlich eine gute Idee, sich jemanden zu suchen, der einen *lustvoll* in Ketten legt. Das scheint bei vielen Nationen der Fall zu sein, die gerne die Rolle der Unterworfenen in den internationalen BDSM-Spielen einnehmen und sich von globalisierten SadistInnen ein wenig quälen lassen.

Wenn man das aber nicht mag und sich lieber etwas anderes wünscht, wie z. B. gutes Geld für ehrliche Arbeit, ist es hilfreich, sich klar zu machen, wie der Spielzug funktioniert, mit dem die Nationen in die Rolle der Unterworfenen hineingezogen worden sind. Denn dieser Spielzug, mit dem die Völker sich in die kapitalistische Konkurrenz der Nationen haben verstricken lassen, ist zwar eine äußerst geschickte Falle, aber keineswegs zwingend und determinant.

Einen aussichtsreichen Gegenzug zu wünschen sollte jedenfalls erlaubt sein. Und persönlich habe ich natürlich nichts dagegen, wenn Wünsche auch einmal in Erfüllung gehen. Darum sollten wir den Gegenzug, um der schönen ZUKUNFT der sozialdemokratischen Partei in Österreich und der Welt willen, wagen. 

CHRISTIAN SWERTZ

ist Professor für Medienpädagogik und Leiter der Wiener Medienpädagogik an der Universität Wien. Weitere Infos online unter: <https://homepage.univie.ac.at/christian.swertz/>.



AUS DER SAMMLUNG DES RED CARPET AWARD
Olga Georgieva, Aus der Serie - Du sollst deinen Nächsten lieben
86 x 61 cm, Tusche auf Papier, 2014

Keine Endzeitstimmung

Angesichts des neokonservativen Backlashs und der neoliberalen kapitalistischen Herrschaft der Gegenwart analysiert **Franz Vranitzky**, warum in unseren westlichen Gesellschaften nur mehr Macht, Angst und Ablenkung regieren. Er ruft dabei zu selbstkritischem Nachdenken genauso auf, wie zur Infragestellung radikaler Markttheologien, reagiert so auf die Herausforderungen der Globalisierung und setzt sich u. a. dafür ein, eine egalitär praktizierte Sozialpartnerschaft zu verteidigen.

Die Konservativen, wenn man will, kann man sie auch Neokonservative nennen, halten sich mangels anderer „Weisheiten“ seit Jahren an dem allseits bekannten Ausspruch des Soziologen und Politologen Ralf Dahrendorf fest: „Das sozialdemokratische Jahrhundert ist zu Ende.“ Dahrendorf sagte das (mehrmals) irgendwann in den 1980er und 1990er Jahren. Gemeint ist damit in Vereinfachung: „Ihr Sozialdemokraten habt alles erreicht, wofür ihr Jahrzehnte hindurch gekämpft habt. Das war notwendig und ist anerkennenswert. Jetzt aber habt ihr ideell und politisch kaum eine Rolle mehr.“ In der heute verwendeten Diktion eines sich gern Neoliberaler nennenden Schreibers in einer bekannten österreichischen Tageszeitung lautet das sinngemäß so: „Wenn es die SPÖ nach der nächsten Wahl nicht mehr gibt, wird das niemandem abgehen.“

I. (SELBST)KRITISCHE NACHDENKLICHKEIT IST ANGEBRACHT

Man kann auf diese oder ähnliche untergriffige Schleudern empört, sarkastisch, wegwerfend oder ignorierend reagieren. Sollte man aber nicht. Vielmehr ist (selbst)kritische Nachdenklichkeit angebracht. Unter dem Eindruck der in fast allen europäischen Staaten abrutschenden Stimmenanteile sozialdemokratischer Parteien umso mehr. Mehreres steht auf dem Spiel. Zunächst ist im Dahrendorfschen Satz auch viel Anerkennung verpackt (Ihr habt alles erreicht, wofür ihr gekämpft habt). Hiermit ist der gesellschafts- und kulturpolitische, der humanistische Stellenwert der Sozialdemokratie in seiner historischen Dimension klargestellt.

Personalisiert in den vielen Galerien der sozialdemokratischen Köpfe, die in ihrer Zeit die Welt zum Besseren veränderten. Oft um den Preis persönlicher physischer Gefährdung.

Dies bei sozialdemokratischen Veranstaltungen hervorzuheben fördert Applaus zutage. Starken Applaus. Allerdings: Mit den Errungenschaften allein der bis ins 21. Jahrhundert erfolgreich kämpfenden Sozialdemokratie beim Stimmpublikum um Mehrheiten punkten zu wollen, reicht nicht. Nicht annähernd. Zu sehr herrschen Gewöhnung, Selbstverständlichkeit, Anspruchsdenken und andere Isolierschichten vor.

Was also tun?

Die wichtigste Voraussetzung dafür, ein Problem zu lösen, besteht darin, es zu erkennen.

II. DIE MARKTTHEOLOGIE DER NEOLIBERALEN



MAUSFELD RAINER
ANGST UND MACHT: HERRSCHAFTSTECHNIKEN DER ANGSTERZEUGUNG IN KAPITALISTISCHEN DEMOKRATIEN

München: ABOD Verlag.

128 Seiten | € 14,00

ISBN: 978-3864892813

Erscheinungstermin: Juli 2019

Es lohnt sich dahingehend in einer Schrift des deutschen Psychologen Rainer Mausfeld nachzulesen.¹ Demnach hätte der Neoliberalismus eine Agenda, die auf die grundlegende Umgestaltung aller gesellschaftlichen Verhältnisse abzielt. Er, der Neoliberalismus, will, so Mausfeld, die Nationalstaaten so

umbauen, dass „geeignete institutionelle Rahmenbedingungen für einen globalen Konzern- und Finanzkapitalismus geschaffen“ und diese gegen „jede Form der demokratischen Bedrohungen geschützt“ werden. In logischer Kette nicht überraschend ist die „Markttheologie“ für den deutschen Autor ein Umstand, der „eine Unwissenheit aller im Angesicht eines allwissenden Marktes postuliert“. Für alle, die die Markttheologie nicht kaufen, kommen, so der Autor, die Herrschaftsinstrumente Angst und Ablenkung zur Anwendung.

Wie wird die Ablenkung umgesetzt?

Der Autor meint – und nimmt dabei die Medien mit ins Gebet –, die Entpolitisierung der Bevölkerung finde „durch Konsumismus, Infantilisierung und glückliche Unmündigkeit“ statt. Aldous Huxley wird zitiert, der schon wusste, dass es einer Medienindustrie bedarf, „in der es nicht um richtig oder falsch geht, sondern die sich mit mehr oder weniger irrelevanten Dingen beschäftigt.“² Man muss sich den Thesen der Analyse von deutscher Seite nicht vollinhaltlich anschließen. Zu einem guten Teil aber stellen sie die komplexe Beziehung zwischen Kapitalismus und Demokratie anschaulich dar.

Es fällt der Ausdruck „Entmenschlichung“.

III. DAS PRINZIP MENSCHLICHKEIT

Die Sozialdemokratie kann und darf sich gemäß ihrem von mir so verlangten Grundverständnis nicht entziehen, ihr Rückgrat gegen die zuvor geschilderten Gegebenheiten und gegen deren gesellschaftliche und politische Grundlegung aufzurichten. Der unter das Prinzip Menschlichkeit gestellte Wahlkampf 2019 der SPÖ ist dafür ein richtiges und wichtiges Signal, nicht nur für den Urnengang, sondern für profunde politische Arbeit überhaupt, die uns in eine für viele Menschen interessante und relevante ZUKUNFT führen wird.

Kommen wir zu einem anderen großräumigen Bereich unserer Lebenswelt. Der Wiederaufbau Europas nach dem 2. Weltkrieg vollzog sich in großen und teilweise langwierigen Etappen. Aber er vollzog sich.

IV. DIE GLOBALISIERUNG UND IHRE FOLGEN

Wirtschafts- und wirtschaftspolitische Themen nahmen auf dem Weg zur Normalisierung breiten Raum ein. Europa und andere Teile der Welt arbeiteten sich von Systemen

der Kontrollen (Export-/Importkontrollen, Kapitalverkehrs- und Devisenkontrollen, Reisekontrollen, Grenzkontrollen usw.) zu nahezu unbegrenzten Freiräumen hoch. Industrien, Zulieferer, Investoren, Banken, Fremdenverkehr, Infrastrukturbetreiber, Energiewirtschaft tauchten – von Ausnahmen abgesehen – in eine Welt der Profitabilität ein. Arbeitsmärkte florierten. Da diese Entwicklungen globale Dimensionen erreichten, nannte man sie *Globalisierung*.

Total erfreulich? Krisenfest? Unproblematisch?

Nein.

Bernd Ulrich beschreibt den Wandel treffend:

„100 Jahre westlich-amerikanische Dominanz gehen zu Ende – und schlagen zurück. Mehr und mehr wird die vom Westen betriebene Globalisierung dialektisch, das heißt: Früher konnten EuropäerInnen und NordamerikanerInnen exportieren, was sie wollten – Waffen, Müll, Tourismus, Autos –, sie konnten importieren was sie wollten – Öl, Nahrungsmittel aller Art, Halbfertigprodukte –, sie hatten es im Griff. Doch seit einiger Zeit kehrt die Globalisierung heim in Gestalt von: Flüchtlingen, Terrorismus und ernst zu nehmender ökonomischer Konkurrenz. Zugleich steigen die Nebenkosten der Globalisierung, während die Gewinne abnehmen. In der Konsequenz ist der Westen dabei, die Kontrolle zu verlieren und sich unterdessen womöglich selbst als politische Formation aufzulösen [...]“³

Tatsächlich erhebt sich aus österreichischer und wohl auch europäischer Sicht im bald auslaufenden Jahr 2019 die Frage, wer oder was angesichts von Trump und Brexit dieser „Westen“ eigentlich ist. Gerne hätte ich gesagt: Die Europäische Union, aber, wenn es dazu kommt, ohne Großbritannien (so wird es wohl auch sein).

Aber: Ist diese Version aufrecht zu halten unter Berücksichtigung der andauernden Visegrad-Eskapaden?

Wohl schwerlich.

V. DAS EUROPÄISCHE EINIGUNGSPROJEKT UND SEINE FEINDE

Worum geht es im europäischen Einigungsprojekt im Kern der Sache?

Selbstverständlich ist der Gründungsgedanke der Gründer in den 1940er und 1950er Jahren, ein Friedensbündnis zu errichten, unverändert gültig. Aus heutiger Sicht ist allerdings längst ein zweites Motiv dazu gekommen, nämlich die kulturellen, wirtschaftlichen und von der Natur gegebenen Reichtümer so zu bündeln, um im weltweiten Wettbewerb mit den anderen bestimmenden Großmächten bestehen zu können und solcherart Stellenwert und Identität des Alten Kontinents existenziell abzusichern. Sich mit dieser Zielsetzung zu identifizieren, ist ein zutiefst sozialdemokratisches Anliegen, ja hat eine Forderung an uns selber, eine Verpflichtung zu sein. Keine andere Definition einer europäischen Zukunft ist mehr im Interesse der unselbstständig arbeitenden Menschen.

Bekanntermaßen agitieren rechtsradikale und ideell verwandte politische Parteien in Europa gegen das europäische Einigungswerk, plädieren für das Primat des Nationalstaats und weigern sich, sofern sie Regierungsämter bekleiden, gegebenenfalls an gemeinschaftlichen Aktionen teilzunehmen (z. B. Aufnahme von Flüchtlingen). Zusätzlich leben manche von ihnen demokratieverhindernde Regierungspraktiken aus, untergraben Rechtsstaat und Meinungsfreiheit und legen autonome staatliche Institutionen lahm.

Alle diese Verhaltensweisen widersprechen Geist und Buchstaben des europäischen Regelwerks und setzen damit gar nicht so wenige ihrer BürgerInnen groben Benachteiligungen aus. Dass die rechtsgerichteten Parteien in den anderen EU-Staaten dies alles beklatschen, verwundert nicht. Dass konservative Parteien in einigen EU-Staaten (Österreich), windelweiche (Schein-)Proteste abgeben, verwundert auch nicht. Wer weiß, wofür's gut ist. Dass die österreichische Sozialdemokratie gegen all dieses illiberale Rechtsaußentreiben immer eine laute Stimme erhebt, liegt auf der Hand. Mindestens so laut vernehmliche Stimmen – mehr als bisher – aus anderen sozialdemokratischen Parteien wären eine gute Sache.

Das vorliegende Papier diskutierte bisher die zwei gravierendsten Verwerfungen in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung europäischer Staaten:

- *Einmal* die von neoliberaler/neokonservativer und von rechtspopulistischer Seite betriebene Entpolitisierung der Bevölkerung. Dies mit deutlicher Absicht, Rechtsstaat und bürgerliche Freiheitsgrade zu relativieren.

- *Zum ändern* gingen die Anmerkungen des Papiers auf die Machenschaften und Verhaltensweisen der Rechtsaußenparteien ein, das europäische Friedens- und Einigungsprojekt nicht nur nicht zu unterstützen, sondern sogar aktiv zu behindern, nationalstaatliche Phantastereien zu fördern und einer Fehlleitung hin zu „illiberaler“ Demokratie das Wort zu reden.

Es wurde auch über den Dahrendorfschen Satz vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ berichtet. Ich habe in einer öffentlichen Diskussion mit Dahrendorf in Wien in den 1980er Jahren seine These widerlegt. Wie die abgeschlagenen Köpfe der Hydra ist sie in der Zwischenzeit wieder nachgewachsen.


VI. DIE PROGRAMMPUNKTE DER SOZIALDEMOKRATIE SIND VON HÖCHSTER AKTUALITÄT

Unsere Aufgabe ist es angesichts der vorher geschilderten politischen Verhältnisse in Europa – viele der rechtspopulistischen Zustände treffen auch auf die USA zu; dort mit einem ordentlichen Schuss Irrationalität – das Ende der Sozialdemokratie nicht nur zu bestreiten, sondern unseren Standpunkt auch zu belegen und zu beweisen.

Kleinmut wäre sicherlich die falsche Orientierung! Wenn der EU derzeit zu Recht eine Entscheidungs- und Identitätskrise bescheinigt wird, so darf ja nicht übersehen werden, dass die maßgeblichen (Nicht-)Entscheidungsträger (in der Kommission und in der Riege der Regierungschefs) aus konservativen Parteien stammen.

Erheben wir also eine laute Stimme der österreichischen Sozialdemokratie und suchen wir den Schulterchluss mit den europäischen Schwester-/Bruderparteien!

Wir sind dazu umso mehr in einer legitimierten Position als viele unserer Programmpunkte auch im Inland von höchster Aktualität sind: Gleichbehandlung der Frauen in der Arbeitswelt; endlich Absicherung eines Schulsystems, welches unsere Kinder bestens für die nächsten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts vorbereitet; endlich Verständnis und Zuwendung für ein hochgradiges Forschungswesen und Außerfragestellung einer modernen egalitär praktizierten Sozialpartnerschaft, um einige der allerwichtigsten Punkte aufzuzählen.

Gelingt es, die Grundzüge dieses Papiers durch engagierte Überzeugungsarbeit im Wahlkampf über geeignete Inszenierung (ohne die es heutzutage nicht mehr geht) zu vermitteln und Akzeptanz dafür zu erhalten, sind Dahrendorf und seine Lobschreiber einmal mehr wiederlegt. 

1. Mausfeld, Rainer (2019): Angst und Macht: Herrschaftstechniken der Angsterzeugung in kapitalistischen Demokratien, München: ABOD Verlag. Vgl. auch die Rezension von Harald Klauhs in der *Presse* online unter: <https://diepresse.com/home/spectrum/literatur/5678612/Frei-ist-nur-der-Markt> (letzter Zugriff: 05.09.2019)
2. Ebd.
3. Bernd Ulrich: Wie radikal ist realistisch? In: Die Zeit vom 14. Juni 2018, online unter: <https://www.zeit.de/2018/25/demokratie-deutschland-politische-mitte-radikalitaet-westen> (letzter Zugriff: 05.09.2019)

FRANZ VRANITZKY

war von 1986 bis 1997 österreichischer Bundeskanzler und von 1988 bis 1997 Bundesparteivorsitzender der SPÖ.

Weitere Infos online unter:

https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Vranitzky.

Was ist eine Wende?

Angesichts der „türkisen Wende“ diskutiert **Erhard Busek** Endzeitstimmungen und globale wie lokale Problemlagen, um mit christlicher und sozialer *Haltung* den Gedanken der *Solidarität* in den Mittelpunkt zu stellen. Er äußert sich dabei u. a. zu Ibiza, den *Social Media* und der Religionsproblematik und stellt abschließend die Frage, ob eine Rückkehr zu den großen Koalitionen der Nachkriegszeit überhaupt noch möglich ist.

Von Karl Kraus stammt der Satz, dass „Österreich eine Versuchsstation für Weltuntergänge sei!“ Mich hat immer getröstet, dass bislang eben dieser Weltuntergang nicht eingetroffen ist und besagter kritischer Autor auch eine publikumswirksame Tendenz zur Übertreibung hatte. Ich bin auch immer noch nicht der Meinung, dass wir den *Doomsday* vor uns haben, wenngleich die Vorstellung vom Ende der Welt die Christen seit jeher begleitet hat. Ein Ende, das aber mit Sicherheit anders aussieht, als es sämtliche Katastrophenfilme Hollywoods entsprechend voraussagen.

Wir sollten nüchtern bleiben: bestimmte Situationen verabschieden sich und verlieren ihre Wirklichkeit. Um an irgendeinem Eck anzufangen, muss man darauf verweisen, dass die Dritte Republik schon sehr oft angesagt wurde. Persönlich glaube ich, dass sich – mit einem gewissen Wandel in einzelnen Bestandteilen – die Zweite Republik bis jetzt ganz anständig gehalten hat. Der Stabilitätsfaktor war nicht nur die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, sondern auch die politischen Institutionen. Ich bin mit dem Dualismus der beiden großen Parteien aufgewachsen, habe in diesem System gelebt, meinen Beitrag zum Erhalt, aber auch zur Veränderung geleistet und muss rückblickend im Großen und Ganzen sehr zufrieden sein. Diese beruhigende Einstellung kann ich langsam nicht mehr aufrechterhalten, denn manches von dem, was unsere Stabilität ausgemacht hat, hat sich verabschiedet.

I. GLOBALE UND LOKALE DIMENSIONEN ...

Zunächst einmal sind es die Dimensionen der Politik: Hat es bisher genügt, auf die Alpenrepublik zu blicken und zu sehen, wie wir mit unseren NachbarInnen zurechtkommen, manche strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft schaf-

fen und bestimmte Arten der Herausforderung bewältigen, so muss man heute sagen, dass das längst nicht mehr gilt. Die Wirklichkeit der Globalisierung hat uns voll erfasst, wenngleich sie – und das ist der erste große Fehler – im Grunde nicht begriffen wird. Wir kreisen im nationalstaatlichen Denken herum, das womöglich noch durch eine gewisse lokale Dimension verschlimmert wird, beschäftigen uns irgendwie mit Europa, ohne die Gesamtdimension dieser Chance zu begreifen, und kapieren nicht, dass eben dieser geliebte Kontinent mit seinen ungeheuren Leistungen bei der Bevölkerung nur mehr 7 % der Weltpopulation und 22 % der wirtschaftlichen Leistungskraft ausmacht. Zu allem Schrecken konsumieren wir dabei 50 % der Wohltaten dieser Welt. Das wird uns langsam durch die ökologischen Fragen bewusst, wenngleich auch diese Zusammenhänge nicht begriffen sind! Instrumentarien in diese Richtung haben wir keine entwickelt, es ist einzig und allein das Gefühl der Unsicherheit, das uns beherrscht.

Hier setzt die Politik an: Populismus und Wiederentdeckung des Nationalstaates (mit den schrecklichen Ausrufen „America first“, „Italia e prima“, etc.) zeigen die Primitivität der Reaktion. An sich entspricht es der Natur der Menschen, denn, wenn wir uns bedroht fühlen, versuchen wir uns zunächst einmal selbst zu schützen und möglichst Einflüsse von außen zu meiden. Der wunderschöne Wiener Sager: „Jeder denkt an sich, nur ich denk an mich!“ ist die eindrucksvollste Beschreibung dieses Zustandes. Das kennzeichnet heute die europäische Politik, wobei die Ausgestaltung national sehr verschieden ist. Jene NachbarInnen, die dem Sowjetimperium angehört haben, versuchen als Begründung für ihre Haltung ihre Vergangenheit in eben diesem Imperium anzuführen, verbunden mit der Tatsache, dass sie dadurch auch noch nicht unser Niveau erreicht haben. Das ist verständlich, aber nicht hilfreich!

Wesentlicher aber ist, dass die Vordergründigkeit unseres Denkens zunimmt, wobei der schon zitierte Nationalstaat in Wirklichkeit deutlich signalisiert, dass er zur Lösung der Probleme nicht in der Lage ist. Es gibt aber keine Bemühung, etwa Europa als weitere Dimension gestaltend einzuführen – im Gegenteil, es muss weniger Europa geben, wobei die geistige Verwirrung auch hier deutlich sichtbar wird. Man nimmt etwa Anleihen bei der katholischen Soziallehre durch den Begriff der *Subsidiarität*, der an sich richtig ist, aber hier falsche Anwendung findet. Wann immer man sich durch irgendwelche Maßnahmen auf europäischer Ebene oder gar weiter oben belastet fühlt, schreit man, dass das wieder Sache des Nationalstaates sein muss. Das kann in einigen Fällen berechtigt sein. Es bleibt deshalb zu untersuchen, was die Politik *nicht* leistet und welche politische Aufgabe auf welcher Ebene in welcher Dimension am besten geleistet werden kann.

II. SUBSIDIARITÄT, SOLIDARITÄT UND STEUERN ...

Ein Katalog der Zuständigkeiten für Gemeinden, Bezirke, Regionen, Länder und den Nationalstaat bzw. Europa wäre zur Problemlösung mehr als zweckmäßig. Leider führen die meisten Argumente zu Konflikten und zeitigen bislang keinerlei Ergebnisse. Noch tragischer ist die Tatsache, dass der zweite Teil des Begriffes *Subsidiarität*, nämlich die *Solidarität*, total vernachlässigt wird. Subsidiarität kann nur funktionieren, wenn es *Solidarität* gibt. Es gibt ein primitives Beispiel dafür: den Finanzausgleich. Dieser führt in Österreich in brauchbarer Weise dazu, dass die verschiedenen Aufgaben im Ausgleich der Zahlungen bewältigt werden können, wobei interessanterweise in Österreich niemand verlangt, dass die Steuerhoheit auf Landes- oder gar Gemeindeebene kommt, weil es jedem natürlich angenehmer ist, wenn andere die Steuern einheben und man sie selber verteilen kann. Alle Versuche in unserem Land, eine Länder- oder gar Gemeindesteuerhoheit einzuführen, sind bislang an der Erkenntnis der betreffenden politischen Verantwortlichen gescheitert, da es besser ist, wenn andere das unangenehme Werk der Steuererhebung leisten.

Umso weniger gelingt es, festzulegen, was wirklich auf europäischer Ebene gemacht werden soll, dass dazu etwa Europasteuern möglich wären und man die Verwaltungseinheiten auch entsprechend gestalten muss. Das deutlichste Beispiel ist das Scheitern jeglicher Art von Transaktionssteuern, auch die Idee einer Europasteuer ist bislang gescheitert, wobei im Kontrastprogramm festzustellen ist, dass wir längst nicht die Größe von Konzernen haben, die auf globaler Ebene und erst recht

in Europa von entscheidender Bedeutung sind. Hier und da schreit man auf und plakatiert den Kampf gegen die Konzerne, wenn man an *Amazon*, *Google* etc. denkt. Einen vernünftigen Vorschlag hat es aber dafür noch nie gegeben. Im Kontrast dazu steht die Klage über die Steuerschlupflöcher, die aber von den Regierungen sehr gerne eingeräumt werden, weil sie sich dadurch einen lokalen Vorteil erwirtschaften oder erhoffen. Es ist schön, wenn Pamela Rendi-Wagner die Menschlichkeit plakatiert, aber nicht sagt, was das heißt.

Diese Frage gilt nicht nur in der materiellen Dimension, sondern auch in ganz anderen Bereichen. Wir würden längst einen europäischen Rahmen für das Bildungssystem brauchen, aber die Europäische Verfassung führte dazu, dass Bildungsfragen, wie auch die Kultur, weiter Sache des Nationalstaates bleiben. Einem geschickten EU-Kommissär ist es vor langer Zeit gelungen, das Erasmus-Programm in der EU durchzusetzen. Die Zuständigkeit dafür ist an der Wirtschaftskompetenz befestigt, nicht aber an Bildung oder an Wissenschaft und Forschung. Hier betrügen sich die Europäische Union und deren Mitgliedstaaten selber, weil sie an diesem Beispiel sichtbar machen könnten, wie wirksam solche Orientierungen an den wirklichen Punkten sind. Wo sind hier die Vorschläge der Sozialdemokratie? Die Gesamtschule ist es nicht!

III. DIE WENDE, IBIZA UND KICKLS ANGST ...

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Was ich aber damit sagen will, ist die Tatsache, dass österreichische Regierungen die genannten Probleme bislang kaum erkannt haben. Nun haben wir aber eine entsprechende „Wende“ mit Sebastian Kurz und dem Eintritt der FPÖ in die Regierung gehabt. Interessant ist aber, dass sich kaum etwas von diesen Überlegungen im Regierungsprogramm findet, tiefere Diskussionen sind mir auch nicht bekannt. Die eigentliche Wende wurde im Sicherheitssystem mit der Schließung der Balkanroute und in einer Reihe von neuen Verwaltungseinheiten herbeigeführt, die mit Sicherheit und unnötigerweise mehr Bürokratie bringen. Dabei wurden auch überlegenswerte Fragen angeschnitten, wie etwa die Gestaltung der Sozialversicherung und manche Umgestaltungen von Föderalismus und überbordenden Strukturen.

Es muss einmal deutlich gesagt werden, dass viele dieser Maßnahmen offensichtlich dazu gedient haben, dem neuen Regierungspartner FPÖ dabei zu helfen, noch mehr Bedeutung zu gewinnen. Das ist an sich nicht unverständlich, denn

das hat noch jede in die Regierung eintretende Partei versucht. Beunruhigender aber ist, dass es an kritischen Punkten der Verfasstheit Österreichs eintritt. Der Griff nach dem Sicherheitsapparat, der mit dem Namen „Kickl“ verbunden bleibt, ist ein Grund zu solcher Beunruhigung. Ich bewundere allein schon von der Optik her die Zunahme von Polizeifahrzeugen, das Entstehen von neuen Polizei-, ja auch Justizeinheiten, die den Eindruck erwecken, dass wir in einem unendlich unsicheren Land leben. Natürlich gibt es Kriminalität, Übergriffe, mangelnde Ordnung, aber immer noch sind die Zustände hier in Österreich zufriedenstellend. Das Beunruhigende ist vielleicht, dass sich manchmal im Schatten der Parteien Mafiasstrukturen herausbilden, wobei auch einmal deutlich gesagt werden muss, dass die Fähigkeit der Medien, diese Dinge kritisch zu begleiten, vornehmen gesagt, zumindest nicht gewachsen ist.

Wenn nicht jemand mit dem „Ibiza-Video“ ein Geschäft hätte machen wollen, wäre noch niemand draufgekommen, welche Ungeheuerlichkeit hier passiert ist. Noch ungeheuerlicher ist wahrscheinlich die Begründung dieser Situation, die offensichtlich mit dem Bestreben in Zusammenhang steht, dass Politiker Waffen kaufen oder auf mehr als eigenartige Weise Geld einnehmen wollten. Dass es unendlich lange dauert, bis man auf diese Ursachen und die Täter kommt, spricht nicht für die Transparenz der Republik. Ich zähle nicht zu jenen, die das Umfärben von Verwaltungen „kritisieren“, denn das hat noch jede Regierung gemacht. Das wirklich Beunruhigende ist die Zunahme der Bürokratie, deren deutlichstes Zeichen die GeneralsekretärInnen und die großen Ministerbüros sind. Auch die Schaffung neuer Einheiten mit manchmal befremdlichen Titeln (z. B. „Ausreisezentrum“) spricht eine deutliche Sprache! Dahinter steht aber eine Auffassung von Politik und Gesetzgebung, die Kickl und Co sehr deutlich vertreten haben, wobei mich in einer Diskussion mit dem ehemaligen Innenminister sehr beeindruckt hat, was er zur Rolle der Angst sagte. Meine Ansicht war, dass die Politik die Aufgabe habe, den Menschen Angst zu nehmen. Seine Antwort war sehr klar: die Politik muss Angst machen, sonst kann sie nichts verändern! Veränderung in welche Richtung?

IV. KOMMUNIKATION UND SOCIAL MEDIA

Das alles ließe sich noch beliebig fortsetzen, ist aber hier nicht meine Absicht. Mich bewegt vielmehr die Tatsache, dass bislang Herr und Frau Österreicher nicht besonders darüber beunruhigt sind, was in ihrem Land geschieht. Richtig ist,

dass ich viele besorgte BürgerInnen treffe, die mich auf der Straße anreden, bei Veranstaltungen Fragen stellen etc. und sich keineswegs über diese Dinge und Probleme freuen. Dabei spielt auch die Sprachwahl eine Rolle. Das berühmte Wort aus der Bibel „Deine Sprache verrät Dich!“, das die Soldaten im Hof der jüdischen Religionsbehörde Petrus entgegenhalten, gilt auch in hohem Ausmaß für unsere Zeit. Das ist keine Erfindung der Regierung oder eine Kommunikationsstrategie, sondern ein Ergebnis der Werbebranche, die inzwischen allen eingehämmert hat, dass die Botschaften kurz und einheitlich sein müssen. Die Reduktion auf Plattatexte ist ein schreckliches Ergebnis dieser Entwicklung. Hören und Zuhören sind die großen Fähigkeiten des Menschen, aber wir nehmen uns nicht mehr die Zeit dafür und haben es auch gar nicht mehr im Bewusstsein, dass man auf jemanden oder etwas hören sollte ...

Dabei leben wir in einem Kommunikationszeitalter, in dem es von entscheidender Bedeutung ist, dass man im Umgang mit *Social Media* auch diesen (digitalen) Markt beherrscht. Es darf aber die Frage gestellt werden, ob *Social Media* überhaupt zur Kommunikation bestimmt sind? Es geht hier darum, den Markt zu beherrschen, nicht einen richtigen Inhalt anzubieten. Offensichtlich gibt es zu wenig Stimmen, die auch versuchen, eben diese Inhalte zu suchen und zu untersuchen, zu differenzieren und zu gestalten. Ich bin mit dem Wort „Der Glaube kommt vom Hören“ aufgewachsen. Heute habe ich Zweifel, ob man überhaupt noch hören will, ja zuhören kann, weil wir uns gar nicht mehr die Zeit dazu nehmen. Dass dazu auch geistige Funktionen wie etwa die Unterscheidung der Geister notwendig ist, ging stark verloren. Dieses kritische Wort muss auch der Journalismus akzeptieren.

Sehr vieles von dem, was den politischen Parteien im Allgemeinen und der Regierung im Besonderen angelastet wurde, ist ein Ergebnis der Mediensituation, die sich ebenso in einem radikalen Ausmaß verändert. Allein die Vielgestaltigkeit der Fernsehlandschaft, die wiederum nicht die Bedeutung hat, wie man allgemein vermutet, ist ein Zeichen dafür. Wir wissen aber in Wirklichkeit noch nicht, wie sich *Social Media* wirklich auswirken, weil der Umgang mit ihnen, die Entwicklung entsprechender Regelungen und dergleichen mehr noch weit davon entfernt sind, praktikabel zu sein. Auch die Aggressivität der politischen Botschaften der SPÖ-Spitzenkandidatin sind dahingehend problematisch. Festzuhalten bleibt aber: Das Wesen der Demokratie ist, dass man in jedem Fall *miteinander reden* kann und muss!

V. BÜRGERINNEN, MARGINALISIERTE UND DIE RELIGION

Beunruhigend ist allein schon die Verrohung der Sprache, die hier stattfindet, wobei offensichtlich bei den geliebten österreichischen TeilnehmerInnen das Unterste zuoberst kommt. Darüber müsste nachgedacht werden, denn wenn solche Aggressionen vorhanden sind und sich auf diese Weise Raum verschaffen, ist noch mehr zu befürchten. Mit Gesetzen allein wird man das nicht lösen können, wahrscheinlich braucht es eine andere Form des Gespräches, des Aufeinander-Zugehens.

Wer soll das machen? Wir reden von der Vielgestaltigkeit der *Civil Society*, wobei ich mir nicht ganz sicher bin, dass sie – im Sinne einer wirklich *bürgerlichen* Gesellschaft – schon *civil* ist. Hier verstehe ich das Bürgertum nicht im Sinne der *Bourgeoisie*, sondern im Sinne des römischen Bürgerbegriffs, des *cives*. Damit sind wir als StaatsbürgerInnen und also auch als Einzelne davon betroffen! Ein solcher Bürgersinn wird Schritt um Schritt schmaler, weil er eigentlich gar nicht mehr geschätzt wird. Das müsste insbesondere politische Gruppen beunruhigen, die des Öfteren das „Bürgerliche“ für sich in Anspruch genommen haben. In aller Deutlichkeit muss gesagt werden: das bedeutet nicht Trägheit, Satttheit, Zufriedenheit oder gar die Vertretung eines Prestiges, sondern die Anteilnahme an der Gesellschaft im wirklichen Sinn. Wenn es heute radikalere Gruppen gibt, dann vor allem auch deswegen, weil sich darin Menschen wiederfinden, die das Gefühl haben, an den Rand gedrängt worden zu sein. „Marginalisierung“ sagt man heute dazu!

Auch hier gibt es eine Aufgabe der Politik, nämlich der politischen Parteien, aber auch aller politischen Bewegungen, die es zum Glück in Österreich reichhaltig gibt. Diese Gesichtspunkte finde ich eigentlich kaum in Programmen, höchstens in einigen Überschriften, aber wohl kaum in Maßnahmen. Das verlangt natürlich auch bestimmte Grundhaltungen. Hier muss man ganz positiv bemerken, dass bei den vielen Diskussionen, die ich jede Woche irgendwo in Österreich und auch außerhalb führe, eine eminente Nachfrage nach ethischen Wertvorstellungen existiert. Ich möchte sie gerne „Bindungen“ nennen, weil damit das lateinische Wort *religare* auftaucht, also in einem offenen und weiteren Sinn der Problemkreis der Religion. Von Religion wird aber heute herzlich wenig gewusst. Beim Abschied des Evangelischen Bischofs von Österreich, Dr. Michael Bünker, habe ich mit Interesse gehört, dass der gegenwärtige Bundespräsident Van der Bellen vor kurzem in die Evangelische Kirche eingetreten

ist. Es gibt also offensichtlich eine gewisse Bewegung in diese Richtung, weil zeitweise auch die Eintritte in die verschiedenen Konfessionen mehr sind als die Austritte.

Es geht mir nicht darum, eine Religionsgesellschaft zu erzeugen, aber Bindungen zu erhoffen, denn diese sind mit Sicherheit ein Halt in dieser bewegten Zeit. Dafür darf auch eingetreten werden, vor allem auch in der Politik. Es geht nicht darum, eine christliche oder sonstige Gesetzgebung zu verankern, wenngleich die Reflexion von Grundsätzen sicher eine Rolle spielen könnte. Vielmehr geht es darum, das auch in entsprechender Weise zu vertreten. Ich glaube, dass heute der Bezug zu diesen Gesichtspunkten relativ schmal geworden ist. Ich registriere mit Sorge, dass RepräsentantInnen dieses Staates eigentlich gar nicht mehr richtig in der Lage sind, solche Haltungen zu beschreiben. Dabei geht es nicht um die Erfüllung der „Christenpflichten“, sondern um Haltung als Orientierung in der Gesellschaft. Wir diskutieren die Dinge nur oberflächlich, etwa wenn der Karfreitag seine Rolle als Feiertag für die ProtestantInnen infolge eines EU-Gerichtshofbeschlusses verliert. Vielleicht darf darüber nachgedacht werden, was ein Feiertag eigentlich bedeutet. Es ist ein Geschenk, dass man auch etwas feiern kann, nicht nur in Bezug auf eine Konfession, sondern generell. Gibt es noch eine Reflexion darüber, was der Sonntag im Ablauf einer Woche bedeutet? Es geht hier nicht um einen „Urlaubstag“ mehr, sondern mindestens um den Hinweis auf ein historisches Geschehen!

VI. SERMON

Genug der Predigt! Es braucht vielmehr eine grundsätzlichere *Haltung* und ein Gespräch darüber. Wir sollten also nicht in die Richtung von mehr Konflikten gehen, sondern gesprächsbereite Angebote machen, die uns eigentlich das Leben erleichtern könnten, wenn wir eben *Bindungen* haben!


Noch einmal: wir gehen nicht auf einen Weltuntergang zu, wenn wir begreifen, dass wir selbst alle Möglichkeiten haben, ihm zu entgehen. Da ist allerdings die Form, wie darauf hingewiesen wird, manchmal etwas eigenartig. Ich habe sehr früh ökologische Gesichtspunkte in der Politik vertreten. Mich beunruhigt aber die gegenwärtige Masche, mit der das betrieben wird. Ich habe allen Respekt vor einem schwedischen Mädchen, weniger Respekt vor einem ehemaligen Österreicher, der ein erfolgreicher Hollywoodschauspieler geworden ist, weil er zu seinen ökologischen Auftritten mit dem Privatjet kommt, was sicher nicht besonders öko-

logisch ist. Meine Sorge ist, dass hier eine Masche verfolgt wird. Die eigentlich ökologische Frage ist aber das Maßhalten und Sich-Selber-Grenzen-Setzen. Tun wir das, wird die Belastung unserer Welt, die uns anvertraut ist, mit Sicherheit sinken. Vielleicht ist es auch notwendig, den Gedanken, dass „weniger mehr ist“ auch als politische Kategorie zu erfassen? Derartige Überlegungen spielen allerdings gegenwärtig keine Rolle, wenngleich sie in einzelnen Punkten wie etwa „weniger Auto, weniger Mobilität, weniger Konsum“ manchmal auftauchen.

Vielleicht wäre es darüber hinaus ein interessantes Thema, wenn man in (der) ZUKUNFT die Frage stellt, was wir wirklich für unser Leben benötigen? Wir haben heute zweifellos mehr als wir brauchen, wobei es natürlich auch Teile unserer Gesellschaft gibt, für die das nicht gilt, weil sie zu wenig haben. Das wird dann als „Minderheitenschutz“ bezeichnet, was schon sehr deutlich zeigt, dass es ein bewältigbares Problem darstellt. Es wäre also jeder politischen Gruppierung zu empfehlen, darüber zu reden und in einen Dialog mit den BürgerInnen einzutreten, um möglichst mit allen ÖsterreicherInnen zu diskutieren, was wir wirklich für ein auskömmliches Leben brauchen. Es ist für uns alle genug da, um unser Auskommen zu finden. Es hängt aber nicht so sehr primär von der Verteilung ab, sondern von der Einstellung dazu, was wir uns genehmigen und abverlangen. Das beim letzten SP-Wahlkampf aufgetauchte Plakat, dass sich jeder nehmen soll, was ihm zusteht, ist genau die gegenteilige Strategie und eigentlich schrecklich! Das aber haben wenige festgestellt.

VII. CONCLUSIO

Damit wären wir abschließend bei der eigentlichen Wende, die wir dringend brauchen, nämlich eine andere Betrachtungsweise darauf, was zum Leben selber notwendig ist. Die Politik kann hier nicht auf Substitute hoffen, die sich an ihrer Stelle dieses Problems annehmen. Sie selbst hat die Aufgabe das zu klären. Dass andere Gruppen in der Gesellschaft in eine ähnliche Richtung gehen, dass es Forschung und Wissenschaft braucht, um Probleme und die hier diskutierten Dinge zu erklären sowie den besagten Wandel zu instrumentieren, steht für mich gänzlich außer Frage. Es ist aber nicht notwendig, diese Dinge hysterisch durchzuführen, sondern in einer gewissen ruhigen Gelassenheit, die mit Nachdenken und daraus resultierenden Konsequenzen verbunden ist. Dieser unserer Zeit empfehle ich mehr Nachdenklichkeit samt den Schlussfolgerungen daraus, denn

schließlich geht es um unser Leben und um unsere Zukunft. Denn ich bin mir sicher, dass Österreich eine ZUKUNFT hat. Diese aber ist nicht zu plakatieren, sondern zu bewältigen. Eine Frage bleibt für mich: Wenn Österreich in wirtschaftliche, soziale und kulturelle Krisen kommt, wer kann dann noch *miteinander reden*? Vielleicht erinnern wir uns an die politische Vernunft der Nachkriegszeit und bilden eine „große“ Koalition! Geht das heute noch? 

ERHARD BUSEK

ist ein österreichischer Politiker der ÖVP und ehemaliger Vizekanzler. Seit 1995 ist der Jurist Vorstandsvorsitzender des Instituts für den Donaauraum und Mitteleuropa, seit 2012 Ehrenpräsident des Europäischen Forums Alpbach und Kuratoriumsmitglied der Initiative A Soul for Europe. Weiterer Info online unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Erhard_Busek.



RED CARPET
ART AWARD
INTERNATIONAL PROMOTION OF YOUNG ART

Der in Wien gegründete Kunstpreis feiert 2019 sein 10-jähriges Jubiläum und widmet sich der langfristigen Förderung junger KünstlerInnen mittels gezielter PR- und Marketingkampagnen, um diesen ein hohes Maß an öffentlicher Wahrnehmung zu verschaffen. Bis 2017 wählte eine wechselnde Fachjury jährlich aus mehreren hundert Einreichungen acht AnerkennungspreisträgerInnen und drei GewinnerInnen aus, deren Werke in einer Einzelausstellung und mehreren Gruppenausstellungen bei GaleriepartnerInnen, in ausgesuchten *Off-Spaces* sowie bei internationalen Messen wie der *Viennafair*

(2010–2015), der *Art Austria* oder der *Positions Berlin* präsentiert wurden.

Darüber hinaus werden Werke der KünstlerInnen für die eigene Sammlung angekauft und in andere private Sammlungen, wie die *Blue Mountain Collection*, *Levin Foundation*, *Sammlung der Gesellschaft der Freunde der bildenden Künste* oder der *Sammlung Cserni* vermittelt. Ab 2019 wird zusätzlich sowohl in Österreich als auch in allen anderen Ländern, in denen der *RCAA* ausgeschrieben wird, das „Make it real“-Stipendium verliehen.



RED CARPET ART AWARD
Projektabschluss
"Hofburg - Ein Stück (Kunst-) Geschichte"
im Rahmen des Nationalfeiertages 2014

Wahlen – kein Selbstzweck!

Ist nach der Wahl nur vor der Wahl? **Paul Patscheider** (Vorsitzender der SJ Donaustadt) beklagt fehlende politische Analysen und unterstreicht den brutalen Klassencharakter unserer Gesellschaft(en). Er fordert eine radikale Demokratisierung der SPÖ und sieht die ZUKUNFT der Sozialdemokratie in einer kantigen, linken und d. h. antikapitalistischen Programmatik, Ideologie und Strategie. Politik und Demokratie müssen deshalb als gesamtgesellschaftliche Anliegen erkannt werden.

Wer in den letzten Wochen und Monaten den österreichischen Medien Beachtung schenkte, der wird festgestellt haben, dass die Sozialdemokratie auch heutzutage noch die Medienlandschaft beschäftigt. Setzt man auf die richtigen Themen? Taugt Pamela Rendi-Wagner als Spitzenkandidatin? Wird man mit der Volkspartei koalieren?

Fragen, die vonseiten der Partei teils unbeantwortet bleiben. Ihren Ursprung haben sie in einem Zugang, welcher auch innerhalb der SPÖ für manche Fehlorientierung sorgt: Der Fokus wird, ohne über höhere Ansprüche zu reflektieren, lediglich auf Wahlergebnisse gelegt. Die Frage ist nicht, welche Art von Gesellschaft die Sozialdemokratie erkämpfen möchte, sondern die parteiinternen Diskussionen beschränken sich auf Spekulationen darüber, mit welchen Parteien Koalitionen möglich wären.

Vonseiten bürgerlicher Medien mag ein solcher Zugang gerade kurz vor einer entscheidenden Wahl durchaus zweckmäßig sein, nur sollte er keinesfalls Grundlage sozialdemokratischer Programmatik, Ideologie und Strategie sein. Derzeit wird Politik vor allem als Dienstleistung gesehen, dementsprechend fallen die sozialdemokratischen Maßnahmen der letzten Jahre aus, unabhängig von wechselnden ParteifunktionärInnen an der Spitze der Bewegung. Bevor also über die Konsequenzen einer Wahl gesprochen werden kann, muss zunächst ein Blick auf notwendige Änderungen geworfen werden.

I. FEHLENDE ANALYSEN

Der Umstand, dass sozialdemokratische Parteien heute vielerorts nur mehr reaktiv agieren, teils sogar kapitalistische Positionen einnehmen, hängt auch mit der zunehmenden Entpo-

litisierung und ideologischen Selbstaufgabe zusammen, die mit dem Aufstieg des „Dritten Weges“ einhergingen. Vermeintlich veraltete Analysen warf man über Bord, um neoliberale Modernisierungen durchzusetzen. Konkret hieß das: Der Abbau von starken, orts- und betriebsgebundenen Parteistrukturen und die Kapitulation vor dem Kapitalismus, den man nicht länger überwinden wollte, sondern im Sinne der sozialen Marktwirtschaft als bestmögliches System ansah. Die Klassenfrage wurde dabei systematisch *ad acta* gelegt.

Anders als viele glaubten, war das Ende der Geschichte aber keineswegs erreicht. Wenngleich der marktradikale – und d. i. eben neoliberale – Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten vielfältige Wandlungen durchlief, kann er sich nicht von seinen ausbeuterischen und versklavenden Grundlagen lösen: Die große Mehrheit der Menschen auf diesem Globus muss ihre Arbeitskraft unter ihrem Wert verkaufen, damit einige Wenige horrendes Profite erzielen können. Das ist nicht nur ungerecht, es ist auch alles andere als rational. Nicht Bedürfnisse und ihre Deckung stehen im Vordergrund, sondern das Profitinteresse einer Klasse, die damit den ganzen Planeten gefährdet.

II. WIR LEBEN IN EINER KLASSENGESELLSCHAFT!

Die Klassenfrage ist aktuell wie eh und je. Doch wenngleich viele Menschen unzufrieden mit ihrer Situation sind, ist Klassenbewusstsein keine mechanische Folge der materiellen Gegebenheiten. Auch, weil in bürgerlichen Systemen Zustimmung zu den vorherrschenden Verhältnissen anerzogen wird. Noam Chomsky betonte dahingehend einmal, dass der Kapitalismus den Menschen „eingehämmert“ werden muss. Wenn von demokratischer Partizipation die Rede ist, so ist diese wie selbstverständlich stets nur auf einen abgegrenzten Bereich beschränkt:

Politik und Wirtschaft seien grundverschiedene, zusammenhanglose Felder. Somit stehen wir praktisch in der Situation, dass über grundsätzliche Voraussetzungen für eine tatsächlich demokratisch organisierte Gesellschaft gar nicht diskutiert wird.

Es zeigt sich, dass der Privatbesitz einiger Weniger an Kapital weder durch objektive Vernunft, durch den Fleiß Einzelner, noch durch demokratische Entscheidungen legitimiert werden kann. Eine Lösung dieses grundlegenden Eigentumsproblems wird nicht möglich sein, wenn der Kapitalismus und mit ihm die Klassengesellschaft nicht überwunden werden.

Die Linke darf nicht den Fehler begehen, den Erzählungen und Definitionen der Bürgerlichen zu folgen. Wer die aktuelle kapitalistische Organisation unserer Gesellschaften in ihren Machtverhältnissen nicht hinterfragt, kann – ganz nach dem neoliberalen TINA-Prinzip Margarete Thatchers (*There is no alternative*) – keine glaubwürdige Alternative formulieren. Ebenso muss das Bewusstsein darüber, auf welchem strategischen Feld man sich innerhalb der bürgerlichen Demokratie befindet, vorhanden sein.

Wenn heutzutage im politischen Diskurs Klassen und soziale Ungleichheit keine Rolle mehr spielen, dann nicht, weil sie überwunden wurden, sondern weil die SPÖ selbige ganz einfach nicht mehr politisch formuliert.

III. DIE SPÖ ALS MITGLIEDERINNENPARTEI

Eine Welt frei von Ausbeutung und Unterdrückung ist möglich, wenn es gelingt, die große Mehrheit der Menschen, die davon profitieren würde, zu politisieren. Oft scheint es so, als wäre der Umstand, dass eine Person lohnabhängig ist, die einzige Gemeinsamkeit mit anderen Teilen der ArbeiterInnenklasse. Tatsächlich darf man sich diese nicht als homogene Masse vorstellen, sie setzt sich vielmehr aus gesellschaftlichen Gruppen vieler differenzierter Lebensumstände zusammen. Die ArbeiterInnenklasse zu einen, bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.


Allein WählerInnen zu werben kann nicht ausreichen, wenn tatsächlich eine radikale Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse angestrebt wird. Die Botschaft hat vielmehr zu lauten, dass man sich innerhalb der Sozialdemokratie organisieren muss, um politisch partizipieren zu können. Daher sind auch die Strukturen der Partei zu hinterfragen; Befehle und Beschlüsse, die von Oben nach Unten transportiert werden, stel-

len keinen Ansporn dar, sich selbst zu beteiligen. Vielmehr sind demokratische Entscheidungs- und Diskussionsprozesse innerhalb der SPÖ zu realisieren.

Vor diesem Hintergrund macht es keinen Sinn nur über Einzelpersonen an der Spitze zu diskutieren, solange die Entscheidungen über wichtige Funktionen nicht von der Partei getroffen, sondern in Hinterzimmern ausverhandelt werden. Die Partei wird geeint auftreten, wenn klar ist, dass Beschlüsse mit hinreichend demokratischer Legitimation geachtet werden. FunktionärInnen an der Spitze sollten nicht dazu in der Lage sein, sozialdemokratische Ideale zu ignorieren, ohne dafür der Basis gegenüber verantwortlich zu sein.

IV. NACH DER NATIONALRATSWAHL

Gegenwärtig formuliert die Sozialdemokratie keine entsprechende Vision, stattdessen liegt die Frage nach Koalitionsmöglichkeiten im Fokus. Eine rote Regierungsbeteiligung „um Schlimmeres zu verhindern“ mag auf kurze Sicht vielleicht einleuchtend klingen; die einschneidendsten Maßnahmen hätte man möglicherweise unterbinden können. Aber in solch einer Position würden wir nicht nur jegliche verbliebene Glaubwürdigkeit verlieren, ebenso wenig würde es gelingen, die eigenen Vorstellungen erfolgreich zu kommunizieren. Spätestens nach der nächsten Wahl wäre man wieder weg vom Fenster.

Innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie werden üblicherweise eher wenige potenzielle KoalitionspartnerInnen aufzufinden sein, welche die Systemfrage stellen. Die SPÖ benötigt eine (Re-)Politisierung, demokratische Strukturen und den Mut zu eigenen Überzeugungen zu stehen. Innerhalb des Kapitalismus sind diese nur beschränkt umsetzbar, daher muss die kapitalistische Produktionsweise *abgelehnt* werden. Eigene Positionen und Visionen, die über das Bestehende hinausgehen, können auch in Wahlkämpfen formuliert werden, um gesellschaftliche Mehrheiten zu ermöglichen. Mit einem Politikverständnis, welches sich aus dem Denken „von Wahl zu Wahl“ befreit, vielmehr Politik und Demokratie als gesamtgesellschaftliche Anliegen erkennt, wäre vieles denkbar, was heute scheinbar in weiter Ferne liegt. Nicht nur Wahlsiege ... 

PAUL PATSCHEIDER

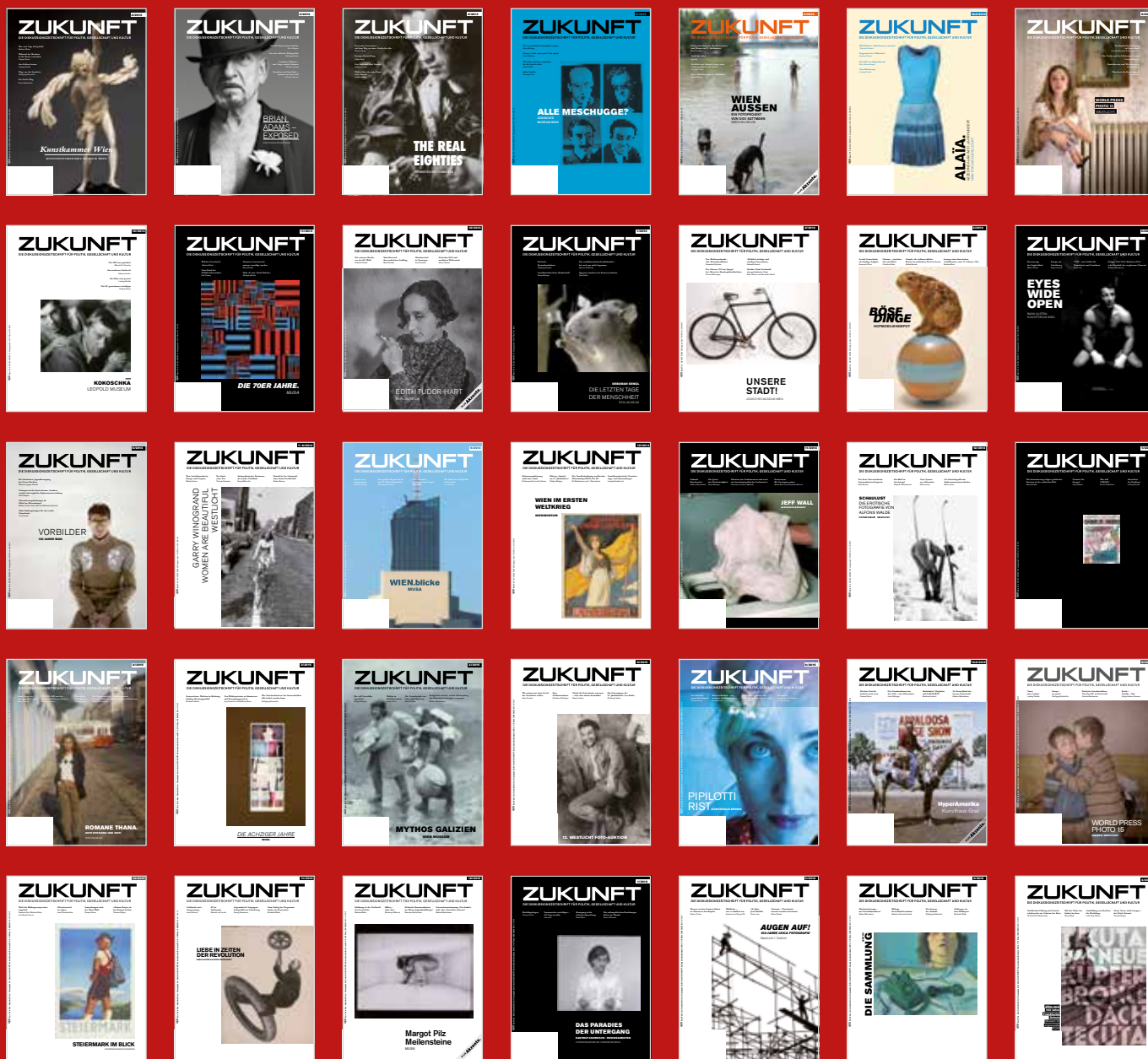
ist Student der Rechtswissenschaften,

Sozialversicherungsangestellter, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend

Donaustadt und stellvertretender Vorsitzender der SJ Wien.



Aus dem Projekt
„MIT SICHERHEIT: KUNST!“
Elvira Rajek, A Shoe for a Shoot



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____